

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 95.

Sonnabend, den 23. April 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Bülow und der Krieg.

Wp. Kurz vor Ausbruch des Krieges versicherte der deutsche Reichskanzler Graf v. Bülow unserem Genossen Bebel gegenüber mit dem ganzen Plomb seiner politischen Autorität, der Friede sei in keiner Weise gefährdet. Wenn Staatsminister sich in Angelegenheiten der auswärtigen Politik äußern, so nimmt man an, daß sie über eine ganz besondere, für andere unerreichbare Kenntnis der Dinge verfügen, inwiefern der diplomatische Verkehr unter strengster Geheimhaltung stattfindet. Die Tatsachen haben bewiesen, daß Graf Bülow in dieser so eminent wichtigen politischen Angelegenheit sehr schlecht orientiert war. Man wisse nicht, worauf seine Zubericht begründet war. Er habe nicht geglaubt, erklärte er dieser Tage bekanntlich im Reichstag, daß Japan bis zum Neuesten gehen werde, er habe erwartet, daß es im entscheidenden Augenblick zurücktreten werde — kurz, er hat die Japaner nicht ernst genommen. Da können wir allerdings froh sein, daß die Auseinandersetzung diesmal zwischen Japan und dem zarischen Reich nicht etwa zwischen Japan und dem deutschen Reich stattgefunden hat: sonst käme Deutschland zu jenen „Ueberraschungen“, die jetzt der zarischen Regierung sovielummer bereiten.

Der deutsche Reichskanzler hat durch seine jüngsten Aussagen bewiesen, daß sein Urteil über die ostasiatischen Vorgänge nicht über das Maß der Einseitigkeit des gewöhnlichen Zeitungsreporters hinausgeht. Es entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage, ist ihm gekommen, er weiß selbst nicht wie, und setzt sich zusammen aus einer Unterschätzung Japans und einer Ueberschätzung Russlands.

Vor den Augen der ganzen Welt hat Japan zum Krieg gerufen. Es hat in den wenigen Jahren seit seinem chinesischen Krieg seine Arme und Flotte auf das Vierfache bis Fünffache gebracht — dennoch wollte man in Europa nicht an den Ernst der Situation glauben. Denn dem alternden bürgerlichen Europa erscheint ein Krieg gegen Rußland als etwas Ungeheuerliches. Es hat das aber für Europa nicht nur seine äußeren Gründe in der Macht Rußlands, sondern seine inneren Gründe, die in westeuropäischen Verhältnissen liegen. Man fürchtet in Europa den Krieg gegen Rußland, weil dies das künstlich aufgebaute und mühsam aufrechtgehaltene Gleichgewicht Westeuropas stören würde. Die internationalen Konsequenzen eines europäischen Krieges könnten zu einer vollkommenen Umgestaltung der politischen Karte Europas führen. Noch mehr aber fürchtet man in Europa den Krieg angesichts des sozial-revolutionären Zusammenschlusses der Arbeiterklasse. Das klassenbewusste Proletariat ist ein neuer Faktor im Leben der Nationen Europas, der in die Rechnungen der Staatsmänner nicht mehr hineinpaßt, den sie vielmehr als eine feindliche Macht betrachten müssen, die unter Umständen den Dingen eine ganz fatale Wendung geben könnte. Es war ein Fehler, die europäische Scheu vor einem Kriege gegen Rußland auf Japan zu übertragen. Man urteilt in Europa über Japan aus dem Gefühl der eigenen Furcht heraus. Das ist grundfalsch. Japan befindet sich in einer ganz anderen Lage und in einer anderen politischen Stimmung.

Während man in Europa jede politische Störung vermeiden möchte, liegt es geradezu im Lebensinteresse Japans, in Ostasien politischen Wandel im Sinne der Verdrängung des russischen und der Wähligung des europäischen Einflusses zu schaffen. Die kapitalistische Entwicklung ist bereits auch in Ostasien bis zur Notwendigkeit der Bildung selbständiger kapitalistischer Staaten vorgeschritten. Die geschichtliche Aufgabe der politischen Träger dieser Entwicklung zu sein, ist Japan zugefallen. Indem Japan gegen Rußland kämpft, vertritt es nicht nur seine eigenen Interessen, sondern auch die Interessen Chinas.

Andererseits braucht Japan vorläufig noch keine Rücksichten auf innere Wirrnisse, auf den proletarischen Klassenkampf zu nehmen. Es hat den Kapitalismus kritisch aus Europa als die vollkommenste geschichtliche Bildung übertragen. Die Schattenseiten des Systems sind noch nicht zum Bewußtsein der Nation gekommen, die ganz hingerissen ist von der äußeren Machtfülle, die der Kapitalismus mit sich gebracht hat. Japan zeigt deshalb ein Bild der nationalen Begeisterung und des revolutionären Dranges, wie es die Bourgeoisie Westeuropas kennt das gar nicht mehr. Sie hat ihre eigenen revolutionären Tage soweit vergessen, daß sie Japan gar nicht mehr begreifen kann.

Die Idee, die der deutsche Reichskanzler jetzt vertritt, ist die der Neutralität Chinas. Das ist entweder eine pure Narrheit, oder ein närrischer Schwindel. — Es ist eine einfache Narrheit, wenn es aufrichtig gemeint ist. Denn China ist an der Zurückweisung Rußlands, dessen Politik ohne jeden Fehl daran hinausgeht, das gewaltige mittelasiatische Reich in eine zarische Provinz zu verwandeln, nicht minder interessiert, als Japan. Wenn nicht eher schon,

so werden die ersten bedeutenden Siege Japans zu Lande China zu einem offenen Eingreifen in den Krieg veranlassen. Doch wahrscheinlicher ist, daß Herr v. Bülow diesmal schwindelt. Denn Rußland selbst geht ja bereits provozierend gegen China vor. Oder ist es nicht eine Provokation allerersten Ranges, wenn die zarische Regierung China vorschreiben will, seine Militärinstruktionen nicht nach eigenem Ermessen aus beliebigem Lande kommen zu lassen?! Mag sein, daß der zarischen Regierung ein offener Krieg mit China lieber wäre, als die jetzige Neutralität, bei der eine Ablehnung der Bevölgerung der Mandcharei nicht zu verhindern ist; möglich aber auch, daß man sich in Petersburg mit dem Gedanken trägt, etwaige Schlägen auf dem Kriegsschauplatz durch neue Okkupationen in China weitmachen zu lassen.

Wie wird sich Deutschland im Falle eines Bruchs der Neutralität Chinas verhalten? Das ist der springende Punkt der ganzen durch den Krieg geschaffenen politischen Situation. Denn von dem Moment an beginnen die großen Zerwürfungen, da die europäischen Mächte sich in ihren ostasiatischen Interessensphären dadurch bedroht sehen werden. Darüber gab uns aber der Reichskanzler keine Antwort. Vermutlich ist er noch mit sich selbst im Unklaren. Er hat den Krieg nicht erwartet, und nun kam der Krieg und nahm eine Wendung, die der deutsche Reichskanzler noch viel weniger erwartet hatte. Er hing sich an Rußland, und nun bleibt ihm nichts übrig, als mit Rußland die japanischen Siege zu betrauern!

Der Krieg wird noch viele „Ueberraschungen“ bringen, darunter auch solche seitens der deutschen Regierung, die jetzt so friedfertig tut. Auf die staatsmännliche Einsicht des Herrn v. Bülow läßt sich jedenfalls am allerwenigsten bauen.

Politische Standpunkte.

Deutschland.

Die Stilllegung der Bechen.

Der Reichstag widmete den größten Teil seiner Donnerstagssitzung der Besprechung unserer Interpellation über die Stilllegung der Kohlengruben im Ruhrrevier. Vorher indesjen beendete das Haus den Etat des ostasiatischen Expeditionskorps. Das Zentrum spielte wieder einmal Komödie, indem es unter Vortritt des freiwilligen Regierungskommissars Spahn die unter seiner eigenen Regie in der Kommission gemachten Abstriche wenigstens zum Teil widerrief. Die konservativen Anträge allerdings, die der Regierung nach weiter entgegenkamen, wurden abgelehnt. Kurzum, das Zentrum fühlte sich einmal wieder so recht in der Rolle der ausschlaggebenden Partei. Die Debatte war nicht sehr erhellend, zumal die prinzipiellen Gesichtspunkte schon am Tage vorher behandelt waren. Immerhin gab es noch eine kleine Nachlese, indem der Kriegsminister v. Ciemiech sich an unserem Parteigenossen Dr. Südekum zu reiben versuchte.

Nunmehr folgte die große Syndikatsdebatte, die sich zu einem Bericht über diese kapitalistischen Großmächte gestaltete. Es war bezeichnend, daß sich im Hause des allgemeinen Wahrechts auch nicht eine Stimme zu Gunsten der Syndikats erhob, und daß selbst der Vertreter der nächst der Reichspartei dem Syndikat freundschaftlichsten Partei, der national-liberale Dr. Sattler, nicht wagte, in den Spuren Beumers und Hilbs zu wandeln. Die Regierung, als deren Vertreter Graf Posadowsky erschienen war, zog es vor, sich an dieser Debatte über ihre verhassten Viehlingkinder nicht zu beteiligen. Unter dem billigen Vorwande, daß es sich um Materien der Landesgesetzgebung handle, abstrahierte sich der Reichsgraf des Innern. Die Interpellation begründete als Sprecher unserer Fraktion der Genosse Hue. Der Redner eines ganzen Landstrichs klang aus den gehaltvollen Ausführungen unseres Genossen hervor. Ist es doch keineswegs allein die Arbeiterklasse, welche durch das rückwärtslose Treiben des Syndikats mit gegenwärtiger und zukünftiger Arbeitslosigkeit sich bedroht sieht. Der Bauernschaft, den Handwerker, den Kaufleuten steht der Verlust ihrer Kundenschaft in sicherer Aussicht. Wie die Hechte von den Haien werden die kleinen Kleinrentner von den großen Kapitalmagnaten aufgefressen. Daher hat denn auch der Mittelstand im Ruhrgebiet die Scheu vor der Sozialdemokratie längst verloren. Der behäbige Bürger, der sonst einen Notkn als den leibhaftigen „Gott sei bei uns“ verabscheute, beschwört jetzt die sozialdemokratischen Abgeordneten, im Parlament, in Versammlungen und in der Presse ihre Stimmen zu Gunsten der in ihrer Existenz bedrohten Landtschaft zu erheben. Ohne irgendwie zu verschweigen, daß nur in der Bergesellschaftung der Produktionsmittel das Radikalmittel gegen dertartige Auswüchse des Kapitalismus zu finden ist, forderte Hue doch die gesamten Parteien auf, gemeinsam mit der Sozialdemokratie auf Mittel und Wege zu dringen, welche auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung mindestens eine vorläufige Abhilfe zu gewähren geeignet seien.

Was der folgenden Debatte ging hervor, daß in der Tat in allen Kreisen die Ueberzeugung vorhanden ist, daß etwas Durchgreifendes geschehen muß, aber bei der

sächlichen Abneigung aller bürgerlichen Parteien gegen auch nur teilweise Verstaatlichungen wußte von Kaniz bis Wiemer niemand zu sagen, wie man der Kalamität entgegenzutreten könne. Graf Kaniz, dessen agrarische Freunde — ein seltenes Ereignis — mehrfach bei unfers Genossen Hue's Rede Bravo! gerufen hatten, unterschrieb durchaus das Urteil über — die Wirtschaft des Kohlsyndikats; aber als einziges Mittelchen wußte er nur die Revision der Eisenbahn-Frachttarife in Vorschlag zu bringen. Das Heilmittel des Dr. B. a. e. m. liegt vorläufig noch in seines Freundes Spahn's Schreibtisch: ein Syndikatsgesetz, das einen Staatskommissar vorsetzt und übermenschliche Wunderdinge von diesem erwartet. Als national-liberaler Bülow zog Sattler die Mittellinie zwischen den syndikatsfreundlichen Beumer und Hilbs und den syndikatsfeindlichen national-liberalen Bürgern und Bauern. Am besten von den bürgerlichen Rednern sprach Gothein, der zudem als Bergrat von diesen Dingen etwas versteht. Mit Recht wies er darauf hin, daß schon das preussische Wahlrecht zur Behandlung dieser Frage im Reichstag unthunlich. Auch Dr. Wiemer von der freisinnigen Volkspartei erklärte sich gegen die Syndikatspolitik und deren amtliche Begünstigung.

In später Stunde wurde die Besprechung auf unbestimmte Zeit abgebrochen. Am Freitag ist die Hauptsache der Etat der Schutzgebiete.

Bodentwässer in Deutsch-Südwestafrika. Zu wessen Nutzen die Millionen in Deutsch-Südwestafrika verpulvert werden, zeigen die Ausführungen eines Kolonialpolitikers in der „Deutschen Marinekorrespondenz“, der die Befiedelungspolitik der Kolonialverwaltung einer vernichtenden Kritik unterzieht. Gegenüber den Redensarten, daß Deutsch-Südwestafrika ein „Reservoir für die Ueberbevölkerung“ bieten solle, weist er darauf hin, daß die Regierung zur Ansiedelung in Deutsch-Südwestafrika ein Vermögen von mindestens 20 bis 30 000 Mk. für erforderlich erklärt. Natürlich finden sich wenig Leute in Deutschland, die, wenn sie ein solches Vermögen besitzen, sich zur Auswanderung in das entbehrungsreiche südwestafrikanische Steppenland entschließen. Besonders wird die Ansiedelung erschwert und nahezu unmöglich gemacht durch die ungeheuerlich hohen, den wahren Marktwert zeitweilig um das Fünffache übersteigende Bodenpreise der Landgesellschaften, die von den 835 000 Quadratkilometern der Kolonie nach amtlicher Angabe nicht weniger als 295 000 Quadratkilometer besitzen, und zwar gerade die Gebiete, die wegen ihrer Lage für die Ansiedelung zunächst in Betracht kommen. Es hatte 1892 im Südbeyrät die englische S. A. Territories Co. 12800 Quadratkilometer ausgesuchten Landes gegen die Verpflichtung, eine Eisenbahn von Lüderbüsch ins Innere zu bauen, verlichen erhalten. Sie erklärte später ein für allemal, die Bahn nicht bauen zu wollen, trotzdem wurde ihr das Land belassen. Sie hat bisher keine Ansiedelung verhindert und für die Kolonie absolut nichts getan. Die Deutsche Kolonialgesellschaft Südwestafrika hat 1885 unter dem Bestand des Reiches die ganze Küste der Kolonie, ferner das Kosafaland (105 000 Quadratkilometer) und das Rhomaschland (etwa 35 000 Quadratkilometer), welche letztere Gebiete befristungslos sind, „erworben“. Sie hatte dafür die Verpflichtung, an Stelle des Reiches die Verwaltungskosten des Schutzgebietes zu tragen. Die Verpflichtung wurde ihr 1891 abgenommen, das Landgebiet aber leider belassen; sie hat nur einen ganz geringen Teil davon an Ansetzler verkauft und treibt den Bodenpreis immer mehr in die Höhe. Die Siedelungsgesellschaft erhielt 1896 20 000 Quadratkilometer Land in besserer Lage (bei Windhut) von der Regierung geschenkt. Sie verkauft es jetzt an die Ansetzler für 2 Mk. bis 5 Mk. den Hektar, und zwar in der Regel, ohne daß sie durch Reklamationen seinen Wert um diesen enormen Betrag gesteigert hätte. Im Ostbeyrät hat 1892 die englische South-West-Africa-Company 13 000 Quadratkilometer besten Landes von der Regierung geschenkt erhalten. Sie fordert von Ansetzler 3 Mk. für den Hektar, hat aber bisher auf deren Angebote fast ausnahmslos überhaupt verweigert, etwas zu verkaufen. Ferner besitzt sie durch Kauf von der „Kolonialgesellschaft“ 105 000 Quadratkilometer Kosafaland, in dem ihr von ihrer dortigen Tochtergesellschaft, der „Hansatischen Landgesellschaft“, von deren Aktienkapital ihr vier Fünftel zusteht. Alles, was bisher in der Kolonie geschaffen worden ist, ist durch den Staat geschaffen worden, der allein in den letzten zehn Jahren sechzig Millionen Mark dafür ausgegeben und durch billige Landabgabe, durch Bekämpfung der Viehseuchen, durch Anlegung von Wasserstellen, Eisenbahnen, Häfen und Fahrstraßen die jetzt vorhandene Bevölkerung von 4640 Weißen ins Land gezogen und ihr eine wirtschaftliche Existenz verschafft hat. Die Früchte dieser Aufwendungen des deutschen Steuerzahlers aber kommen ausschließlich den größten Landbesitzern, den untätigen Landverpauungsgeellschaften durch Versteigerung ihrer Ländereien zugute. Nur

Millionen in die Taschen führen, muß das deutsche Volk Opfer über Opfer an Gut und Blut bringen. Nicht für Deutschlands Ehre wird der Herkrieg geführt, sondern für den Geldsack einiger Großkapitalisten!

Die Ley Stengel. Die Budgetkommission des Reichstags setzte Donnerstag die Besprechung der Denkschrift über die mutmaßliche Gestaltung der Reichseinnahmen und Ausgaben in den nächsten Jahren fort. Eingehend wurde die Notwendigkeit einer Reform der Malz- und Böttchsteuer erörtert. Der Staatssekretär empfahl, eine solche im Wege des Inkativantrages zu versuchen. Man begnügte sich mit der Annahme zweier Resolutionen Stod (3.) und Müller-Fulda, in denen die Herbeiführung einer möglichen Uebereinstimmung zwischen Steuer und Rückvergütung verlangt wird. Das Gesetz über den Totalfaktor wird dem Reichstag unverzüglich zugehen. Der Abg. Stod regte eine Steigerung der Posteinnahmen durch Erhöhung des Palettariß an. Dieser komme vorzugsweise den Versandgeschäften zugute. Dann ging man zur Spezialberatung über, die aber noch kein Ergebnis brachte.

Der Budgetkommission des Reichstages ist eine Zusammenstellung der vom Reichstag vorgekommenen Abstriche beim ordentlichen Etat zugegangen. Diese betragen in den Rechnungsjahren 1880 bis 1903 bei den fortwährenden Ausgaben 40 744 734 Mk., bei den einmaligen Ausgaben 106 289 335 Mk., zusammen also über 147 000 000 Mk. Der 20jährige Durchschnitt der Abstriche betraug von 1884 bis 1903 auf 65 000 000 Mk., der 10jährige Durchschnitt von 1894/95 bis 1903 auf 8 400 000 Mk.

Wegen Beleidigung des antisemitischen Abg. Kroeßell anlässlich der Reichstagswahl wurde der Rittergutsbesitzer von Derenthal vom Schöffengericht in Stargard i. P. zu 150 Mk. ev. 15 Tage Gefängnis verurteilt. Derenthal soll zur Zeit der Reichstagswahlen zu dem auf dem Hof seines Wagens sitzenden Führer Mann Kahl gesagt haben: „Wie können Sie nur die Bettel verteilen und den Kaiser Kroeßell im Lande herumführen. Er hat als Pastor gelogen, und ein Pastor, der lügt, ist in meinen Augen ein Schweinhund.“ Diese Äußerung gelangte zur Kenntnis Kahl's, der deshalb gegen von Derenthal die Beleidigungsklage anstregte. Die Beweisaufnahme gestaltete sich geradezu niederträchtig für Kroeßell. Der Gerichtshof hat in mindestens drei Fällen den Nachweis für geführt erachtet, daß Kroeßell betrunken die Unwahrheit gesagt habe. Nichtsdestoweniger hat jedoch der Gerichtshof ein formale Beleidigung für vorliegend erachtet. Mit Rücksicht auf die Erregung, in der sich der Angeklagte angesichts der Wahlbewegung befand, hat der Gerichtshof aber eine Geldstrafe von 150 Mark für eine ausreichende Sühne erachtet.

Der zurückgezogene Lamp. Der Verfasser des Romans „Erfüllte Wünsche“, Graf Sandhain, sendet den Zeitungen folgende Mitteilung: „Auf meine diesbezügliche Bitte an die Leitung der deutsch-konservativen Fraktion des Reichstages meldete sich sofort der Herr Abgeordnete, der den mich beladenden Zwischenruf in der Sitzung vom 4. März geäußert hatte. Nach meiner Erklärung, daß ich das Buch „Erfüllte Wünsche“, welches ich ausdrücklich als Roman bezeichnet habe, niemals veröffentlicht haben würde, wenn ich es vorgelesen hätte, daß dasselbe als eine Beleidigung der ganzen deutschen Armee oder gar eines bestimmten Offizierskorps angesehen werden könnte, hat der betreffende Herr Abgeordnete erklärt, daß er den mich beladenden Zwischenruf nicht gebracht haben würde, wenn ihm meine obige Aufklärung bekannt gewesen wäre.“ — Die Regg., bekümmert zu werden, hat den Herrn Grafen bewogen, wieder um gut Willen zu bitten. Die erfüllten Wünsche selbst aber werden durch Sandhain's Erklärung keineswegs besser, als sie sind.

Ein Reitergericht ist in Königsberg in Preußen in einer gemeinsamen Verurteilung des Provinz-Verbands und des preussischen Wahlvereins über zwei der angeführten Reiterpartien, Dr. Dullis und Dr. Krieger, abgehalten worden, und zwar in Abwesenheit der beiden Herren. Die beiden Herren, von denen der eine noch vor einem Jahre Mitglied der freisinnig vorkommenden Partei gewesen war, sind in einer Weise von dem Reiterverein des Landes, Dr. Sandhain, in Grund und Boden hingerichtet worden, daß nicht ihr Verbleiben in der Partei kann noch denkbar erscheint, zumal die Verurteilung mit Ausweisung eines Reitergerichts dieser Kritik gegenüber hat. Grund zu dem Reitergericht waren verschiedene Anzeigen beider Männer, aus denen hervorgeht, daß sie in Preußen der Partei nicht auf dem Standpunkt von Dr. Barth seien.

Vom General-Konvent in Südwest-Preußen. Die Unzufriedenheit, die bisher über das Schicksal der Kolonne Glatz herrschte, ist einigermassen beseitigt durch eine Donnerstag in Berlin angehaltene Konferenz, durch die Kolonne bis zum 15. April kein weiteres Gefecht mit den Hereros gehabt hat. Die Konferenz lautet: Am Mittwoch wurden noch folgende achtzig-tägige Todesfälle der Kolonne Glatz bekannt: „Von der 4. Kom. des Erbprinzen von Preußen, Oberst Johann Schmidt am 10. April infolge der bei Döberitz erlittenen Verwundung. Unteroffizier Ruy Rießig am 11. an Döberitz. Soldat Franz Dietrich am 14. an Döberitz. Von der 1. Kom. des Erbprinzen, Oberst Otto Seiffert am 11. infolge der bei Döberitz erlittenen Verwundung. Von der 2. Kom. des Erbprinzen, Oberst Adolf Wolff am 15. an Döberitz.“ Das dieser Konferenz geht als hervor, daß die Kolonne Glatz am 15. April nach in Ostjara sind und in nächster Woche Ostjara nicht zurückgeben werden. In Ostjara sind noch 20 Kranke im Transport von 42 Kranken der Kolonne Glatz nach Ostjara in Ostjara eingetroffen.

Das Hospital in den Kolonnen. Die große Menge des Kolonnenkrankheiten im Jahre 1904 gibt auch eine Übersicht über das in den Kolonnen Hospital erhaltene Hospital. Es erschienen war, daß sich jetzt 34 Krankenkranke mit der Kolonne der Kolonne befinden; davon sind 74 Hospitalkrankheiten. In Ostjara befinden sich ein Hospital von rund 190 Betten. Das Hospital befindet sich in Ostjara. Die Hospitalkrankheiten sind in Ostjara, aber in Ostjara sind sie jetzt, daß sie der

Enthusiasmus der Aktionäre für die Weltweitpolitik begreifen läßt. Die besten Geschäfte machen die großen Kapitalisten, die sich von der süßigen Regierung mit Landkonzessionen haben bedenken und beiseite lassen. Sie sind es auch, die durch ihre rücksichtslosen Quälereien die Eingeborenen beständig zur Abhüttelung der Fremdherrschaft reizen.

Zum Kampfe gegen Polen. Bei den jüngsten Gemeindevorwahlen in Chropaczow (Oberschlesien) siegen die polnischen Kandidaten über die deutschen. Die Wahl der neuen Gemeindeväter wurde jedoch vom Landrat des Kreises Gentschen nicht bestätigt, da dieselben nach dessen Meinung so schlecht deutsch sprächen, daß sie zur Führung der Geschäfte nicht befähigt erschienen. Auch in anderen ober-schlesischen Orten, in welchen Polen gewählt wurden, soll in gleicher Weise vorgegangen werden. So feiert das Deutschtum immer neue Triumphe.

Die drahtlose Telegraphie im Kriege macht den Regierungen Kopfzerbrechen. Wie das „Reuter'sche Bureau“ aus Washington meldet, erwägt die dortige Regierung sorgfältig die Frage einer Kontrolle der Regierung über die drahtlose Telegraphie in Kriegzeiten infolge der am 15. d. M. ergangenen Mitteilung der russischen Regierung, daß sie die Berichtserstatter, die sich der drahtlosen Telegraphie bedienen, als Spione behandeln wolle. Man spricht die Meinung aus, daß eine Kontrolle der Regierung über die drahtlose Telegraphie mindestens im Sinne einer Oberaufsicht namentlich längs der Küsten wünschenswert, wenn nicht unumgänglich nötig sei, auch unsicher zu stellen, daß die drahtlose Telegraphie nicht in Kriegzeiten zum Schaden der Regierung verwendet würde, um mit dem Feinde in Verbindung zu treten.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Wegen Majestätsbeleidigung stand vor der Strafkammer in Gentschen (Oberschlesien) der wegen Diebstahls u. dgl. bestrafte Arbeiter Traugott Kunze, der in einer Brauereibesitzer des deutschen Kaiser beleidigt haben soll. Obwohl der Angeklagte Dr. Pätzler erklärte, der Angeklagte sei geistig nicht normal, wenn auch nicht unzurechnungsfähig im Sinne § 51 des Strafgesetzbuches, verurteilte das Gericht den Beleidiger der Majestät zu zwei Monaten Gefängnis. — Wegen Majestätsbeleidigung ist in Danzig ein polnischer Bergmann zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Neuere politische Nachrichten. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte Donnerstag die Wahlen der Abgg. v. Oldenburg-Gibing-Marien-burg (Stonj) und Dr. Stöckmann (Niedsp., v. Schlesw.-Holstern) für gültig. — Der Bundesrat hat Donnerstag den Gesetzentwurf über den Totalfaktor angenommen. — Die preussische Staatsbahnverwaltung beschäftigt in kürzester Zeit bereits die Zollrevision von Gepäcksstücken zwischen Deutschland und Belgien nicht mehr in Herbestal, sondern in Köln oder Berlin stattfinden zu lassen. — Das Landgericht München hat Mittwoch die am 8. Januar d. J. erfolgte Beschlagnahme der „Zentrumsnnummer“ des „Simplicissimus“ aufgehoben. — Die Strafkammer in Opatowitz verurteilte den polnischen Bauer Kania, der aus Deutsches Land am Geburtstag des Kaisers die Fahne eines Kriegervereins während des Gottesdienstes aus der dortigen Kirchenvorhalle gestohlen und versteckt hatte, zu drei Monaten Gefängnis wegen Diebstahls und 60 Mark Geldstrafe wegen groben Unfugs. — Der Prozeß gegen den König der Belgier wegen seines Testaments ist zu Gunsten des Beklagten ausgefallen. — Das englische Unterhaus hat in erster Lesung die Vorlage betreffend die Erteilung von Lizenzen für den Verkauf von be-räuhelnden Getränken mit 311 gegen 117 Stimmen angenommen. — Die portugiesische Kammer wurde durch ein Dekret des Königs aufgelöst. Für die Neuwahlen ist ein näher Zeitpunkt festgesetzt. Die neuen Kortes treten am 21. Dezember zusammen. — Das ganze holländische Gebiet von Boven-Kapuas und Katagan auf Borneo befindet sich in Aufruhr. Ein Kommandant nach dem Sultanis hat mit seinen Leuten die holländischen Regierungsbeamten bereits angegriffen.

Rußland. Eine Verschönerung gegen Plehwe? Wie die „Sop. Zig“ aus Petersburg meldet, wurden in Petersburg und auch in den Provinzen Hunderte von Verhaftungen vorgenommen, weil die Regierung eine ausgedehnte Verschönerung gegen den Polizeiminister v. Plehwe erbeten zu haben glaubt.

Österreich-Ungarn. Der ungarische Eisenbahnerstreik nimmt an Umfang immer noch zu. Donnerstag haben sich auch die Arbeiter der ungarischen Betriebsleitung dem Streik angeschlossen. Die Regierung hat noch Mittwoch versucht, eine Einigung mit den Streikenden anzubahnen. Die Verhandlungen dauerten bis 2 Uhr nachts. Den Streikenden wurde die Abhaltung einer Konferenz gestattet. Sie trafen Donnerstag mittags in einer Konferenz ab, in der sie von der Regierung zu gewöhnlichen Kon-ferenzen mitgeteilt wurden. Diese sind: Allgemeine Konferenz, Einigung zur Abhaltung einer Versammlung; die Entscheidung, daß die Eisenbahner ihre Wünsche freieren und zu der von der Regierung vorgeschlagenen Schlichtungsregelung Stellung nehmen können; die Garantie, daß über die Vorlage erst dann verhandelt wird; Schaffung einer Dienstes-prozedur. Dagegen fordert die Regierung die sofortige Aufhebung des Streiks. Die Streikenden erwiderten hiergegen nachfolgende Erwiderungen. Das Wort „Anarchie“ dürfe nicht verwendet werden, da sie sich nicht leisten zu Schaden kommen lassen; sie fordern eine schriftliche Garantie der Regierung und wollen den Dienst erst nach der Erfüllung sämtlicher Forderungen aufnehmen; sie fordern ferner, daß diejenigen leitenden Beamten, die die Regierung durch falsche In-formationen in letzterem und dadurch den Kampf zum Ausbruch brachten, binnen 24 Stunden ihre Stellen zu verlassen haben, sowie daß sämtliche Eisenbahnen wieder befreit und dem Konvent pro 1903 präferiert werden dürfen. Die falschen Schlichtungspläne und Konventionen für 1904 sollen binnen 24 Stunden erledigt und sämtliche Forderungen binnen 24 Stunden erfüllt werden. Die Regierung möge sich auch binnen 24 Stunden über die Form und den Inhalt der Dienstesprozedur äußern. Danach ist eine friedliche Lösung möglich und in Frage gestellt. — Mit dem Don-

nerstag vormittag abgezogenen Personenzug sind 40 Reisende nach Wien abgereist. Der Zug mußte wegen Mangel einer Weichenstellung und des Streckensignals langsam fahren und dürfte erst Freitag früh in Wien eintreffen. Den Zug führte Direktor Marx als Lokomotivführer. Vorläufig wird der Personenverkehr zwischen Budapest und Wien aufgenommen. — Die ca. 1000 Verhafteten sind übrigens Mittwoch bereits wieder entlassen worden.

Lübeck und Stadtbereiche.

Freitag, den 22. April.

Zur Steuer der Wahrheit! Unter dieser Ueberschrift erläßt der Vorstand der hiesigen Bäcker-Juugung in den bürgerlichen Blättern eine Annonce folgenden Inhalts:

„Die unterzeichnete Juugung hatte an die Redaktion des „Lübecker Volksboten“ durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Wittern die Aufforderung gerichtet, eine in diesem Blatte veröffentlichte Erklärung, wonach die Bäckerverein unserer Kollegen

Wilhelm Stiehl, Holstenstraße 25,
L. Rolke, Meierstraße 39,
K. Evers, Schlumacherstraße 1,

die Forderungen der Lohnkommission bewilligt haben sollten, als unwahr zu widerrufen.

Dieser Aufforderung hat die Redaktion nicht Folge geleistet, vielmehr erklärt, daß sie es auf eine gerichtliche Klage ankommen lassen werde. Die Wahrheitsliebe des sozialdemokratischen Blattes wird hierdurch deutlich gekennzeichnet.“

Dieses Inserat beweist, daß der Vorstand der Bäckerjuugung es mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt. Der Sachverhalt ist folgender: Seitens des Herrn Dr. Wittern war an Genossen Friedrich ein Schreiben gerichtet worden, in dem dieser auf Grund des § 11 des Preßgesetzes aufgefordert wurde, eine im Inseratenteil unserer Zeitung erschienene Annonce dahin zu berichtigen, daß die obengenannten 3 Bäckermeister, sowie die beiden Jahrentzuger Großbäcker nicht bewilligt hätten. Genosse Friedrich beantwortete darauf diese Aufforderung wie folgt:

„Namens und im Auftrag 1. der Lübecker Bäckerjuugung, 2. der Jahrentzuger Brotfabrik Th. Severin, 3. der Dampf-Brotfabrik Jahrentzuger, Behrens, senden Sie mir Berichtigungen zu und fordern deren Abdruck auf Grund § 11 des Preßgesetzes. Ich bedauere, Ihre Berichtigungen nicht erfüllen zu können, und zwar aus folgenden Gründen: 1) Ihre Berichtigungen erstrecken sich nicht auf den redaktionellen Inhalt, sondern auf ein Inserat, das die „Lohnkommission der Bäckergehilfen von Lübeck“ im Unnoncenteil des „Volksboten“ veröffentlicht hat. 2) Die Bäcker-Juugung besitzt, soweit die Herren L. Rolke, W. Stiehl und K. Evers in Betracht kommen, überhaupt keine Aktio-Regulation zu einer Berichtigung.“

In diesem Schreiben ist auch nicht mit einer Silbe erklärt worden, daß wir es auf eine gerichtliche Klage ankommen lassen wollten, wie seitens des Vorstandes der Bäckerjuugung in obiger Annonce behauptet worden ist. — Wir überlassen es nunmehr der Öffentlichkeit, zu entscheiden, auf welcher Seite eine Verletzung der Wahrheit vorliegt.

Der Streik auf der Rostocker Schiffs-werft hat bereits weitere Kreise gezogen. Gestern, Donnerstag, Abend ist die Werft für sämtliche dort beschäftigten Arbeiter geschlossen worden. Dem Streik ist also die Aussperrung gefolgt. Nach Meinung von sachkundigen Leuten hätte letztere bei einigermaßen gutem Willen der Direktion vorläufig noch vermieden werden können, sodas hier also von einem Willkürakt der Werftleitung gesprochen werden muß. Von der Aus-sperrung sind etwa 600 Mann betroffen. — Zuzug von Werftarbeitern nach Lübeck ist auf das strengste fern-zuhalten.

Die hiesigen Klempner befinden sich in einer Lohn-bewegung. Es schweben Unterhandlungen. Soffentlich führen dieselben zu einem günstigen Resultat.

Eine gute Abfuhr. In der Amts- und Kreisblatt-pressen und speziell in unserem Amtsblatt ist man ununter-brochen bemüht, die Arbeiter als schlechte Arbeitgeber hin-zustellen und die Genossenschaften als sozialdemokratische zu bezeichnen. Eine derartige Notiz erschien kürzlich auch in dem „Leipziger Tageblatt“ und machte unter der Stich-marke „Sozialdemokraten als Arbeitgeber“ die Kunde durch den größten Teil der Amtsblatt-pressen. Der Sekretär des Lagerhalterverbandes sandte darauf dem Leipziger Blatt folgende Erklärung, die wir unserer hie-sigen bürgerlichen Presse zur besonderen Beachtung empfehlen:

Unter der Spitzmarke: Sozialdemokraten als Arbeit-geber brachte das „Leipziger Tageblatt“ in seiner Sonn-tagsausgabe eine Notiz, die nicht in vollem Umfange zu-treffend ist. Wichtig ist die Angabe des geringen Monats-gehalts, die ausgedehnte Geschäftszeit, die die Lagerhalter der Provinz Brandenburg aufzuweisen haben. Nicht richtig ist es dagegen, wenn es in der angezogenen Notiz heißt, daß diese Missetände in sozialdemokratischen Konsumver-einen zutage treten. Ganz abgesehen davon, daß es in Deutschland keine sozialdemokratischen Konsumvereine gibt, wie es ja auf Grund des Genossenschaftsgesetzes auch keine konservativen oder freisinnigen Konsumvereine geben kann, trifft auch in diesem Falle nicht zu, was der Verfasser der in Betracht kommenden Notiz jedenfalls hat zum Ausdruck bringen wollen. Wenn das Wort: sozialdemokratische Konsumvereine einen Sinn haben soll, so kann doch damit nur gemeint sein: Konsumvereine, in deren Verwaltung Personen sitzen, die der sozialdemokratischen Partei ange-hören. Von dieser Seite aus betrachtet, muß konstatiert werden, daß auf der Lagerhalterkonferenz zu Brandenburg nicht die Konsumvereine die schlechtesten Verhältnisse auf-zuweisen hatten, die von sozialdemokratisch gestimmten Per-sonen geleitet werden, sondern in übermächtiger Geschäfts-zeit usw. schlugen die Vereine den Rekord, die von Per-sonen geleitet werden, die konservativen und freisinnigen Anschauungen huldigen, Vereine, die auch heute noch dem Allgemeinen Verband der Gewerbs- und Wirtschafts-genossenschaften (Dr. Grüger) angehören.“

Wir sind nicht so optimistisch veranlagt, daß wir er-warten, die hiesige bürgerliche Presse würde nunmehr von weiteren Berührungspunkten der „sozialdemokratischen“ Konsumvereine Abstand nehmen. Man wird vielmehr trotz dieser Erklärung in der bekannten unverfrorenen Weise darauf los verleumden, in der Hoffnung, damit beim dem Spießbürgerium Anklang zu finden.

Eine imposante Volksversammlung sagte gestern Abend in großer Saale des Vereinshauses. Wie nicht anders zu erwarten, hatte das Vorgehen der Bäckerjuugung

und des Landgerichts gegenüber den streikenden Bäcker-
gesellen den Erfolg, daß der große Saal und die Galerien
nicht besetzt waren. Damit ist der beste Beweis erbracht
worden, daß dieses Vorgehen seitens eines großen Teils
der hiesigen Bevölkerung richtig eingeschätzt worden ist.
Auf der Tagesordnung dieser unpopulären Versammlung
stand: „Der Bäckerstreik und die brotlose
zerende Bevölkerung.“ Referent war der Zentral-
vorstand des Bäcker-Verbandes, Genosse D. Ullmann
aus Hamburg. Redner schilderte zunächst die Entwicklung
zum Großbetrieb im Bäckergewerbe infolge der massenhaften
Einrichtungen, um dann darauf hinzuweisen, daß Hand in
Hand mit dieser Entwicklung auch die Errichtung von Ge-
nossenschaftsbäckereien gegangen sei. In letzteren bestanden
6 Schichten à 8 Stunden, also 48 Stunden Arbeitszeit pro
Woche, während in Kleinbetrieben 7 Schichten à 12 Stun-
den, also 84 Stunden wöchentlich vorherrschend seien. Die
Entwicklung solle auch dafür, daß der Gedanke an eine
Selbstständigkeit der Bäckergehilfen bei letzteren immer mehr
verschwinden werde. Ein Selbstständigwerden sei bei einem
Lohn von 8 bis 12 und 13 Mk. wünschlich nicht möglich.
Ein Kapital von einem solchen Lohn zu erlangen, sei wohl
ausgeschlossen. Und wenn sich wirklich einmal ein Bäcker-
gehilfe ein paar Groschen übergespart habe, dann müsse er
diese bei einer im Bäckergewerbe leider recht häufigen
Arbeitslosigkeit wieder aufgeben. Ja, es sei z. B. in Lübeck
bei dem Herbergswirt in der Stavenstraße Hus, den ar-
beitslosen Bäckergehilfen möglichst lange zu kreditieren, ehe
man ihnen Arbeit verschaffe. Dann hätten diese Leute
später einen äußerst schweren Stand, um von der Schul-
denlast abzukommen. Der Ueberfluß an Arbeitskräften
sei im Bäckergewerbe ein außerordentlich großer; im Jahre
1882 seien 183 330 erwerbstätige Bäcker in Deutschland vor-
handen gewesen, 1895 hätte diese Zahl 247 588 betragen.
1882 entfielen auf 10 000 Einwohner 40,5, 1895 auf die
gleiche Anzahl Einwohner 47,8 erwerbstätige Bäcker. Wäh-
rend die Bevölkerung in diesen 13 Jahren um 14 Prozent
gestiegen sei, hätte die Zahl der Bäcker in demselben Zeit-
raum um 35,8 Prozent zugenommen. Dieser rapide Zu-
wachs sei in der Hauptsache auf die von den kleineren
Bäckereien betriebene Lehrlingszucht zurückzuführen.
Von den erwerbstätigen Bäckern bestanden
mehr als ein Drittel aus Lehrlingen. Die
Folge sei große Arbeitslosigkeit und Degeneration der
ganzen Bäckerarbeiterschaft. Letztere sei auch eine Folge der
übermäßig langen Arbeitszeit. 82 Prozent Gesellen hätten
nach den epochenmachenden Aufstellungen des Genossen
Webel vor der Einführung des Maximalarbeitsgesetzes eine
Arbeitszeit von mehr als zwölf Stunden
gehabt; Arbeitszeiten bis zu 18 und 19 Stunden seien
leider nicht selten gewesen. Diesem Umstande sei es auch
in Verbindung mit der großen Arbeitslosigkeit zuzuschrei-
ben, daß die Bäcker als Lohnbrücker in anderen Berufen
verruften seien. Sodann ging Redner in eingehender Weise
auf die Forderung der Abschaffung des Kost- und Logis-
wesens ein und setzte an der Hand verschiedener drastischer
Beispiele die Notwendigkeit der Durchführung dieser For-
derung im Interesse der Freiheit und Wohlfahrt der
Bäckergehilfen und im hygienischen Interesse der Bevölke-
rung auseinander. Wie es in Lübeck hiermit bestellt sei,
gehe schon daraus hervor, daß der Senat eine Verordnung
über die Verhältnisse in den Bäckereien erlassen habe. Die
Beseitigung der unhaltbaren Zustände beim Kost- und
Logiswesen im Hause des Meisters rufe eine direkte Revo-
lutionierung im Gewerbe hervor. Auch in Lübeck sei seitens
der organisierten Bäckergehilfen die Forderung auf
Abschaffung des Kost- und Logiswesens erhoben worden.
Das sei von den Innungsleitern als ein Verbrechen, als
eine Unbotmäßigkeit bezeichnet worden. Klar sei es, daß
diese Forderung nicht mit großer Freude von den Innungs-
meistern begrüßt worden sei. (Im Redner) habe ein Ge-
werbetreibender erklärt, diese Forderung hätte schon vor
20 Jahren gestellt werden müssen. Neben diesem Punkt
werde für eine 8stündige wöchentliche Arbeitszeit 21 Mark
als Minimallohn gefordert. Diese Forderung komme
einem Stundenlohn von 25 Pfg. gleich. Ueber eine
solche „freie“ Forderung hätten die Bäckermeister Zeter
und Mordio geschrien. Sie erklärten, diese Forderungen
seien nebensächlich Natur; die Hauptsache sei den Seiten-
den, eine sozialdemokratische Machfrage zu inszenieren, und
einen sozialdemokratischen Arbeitsnachweis zu erdampfen.
In Wirklichkeit handele es sich aber um eine Forderung
auf Regelung des Arbeitsnachweises. Nicht
einseitig, wie die Meister und die diesen willfährige Presse
behauptet habe, solle diese Regelung erfolgen, sondern
unter Wahrung der Gleichberechtigung der Gesellen. Ins-
besondere solle der Arbeitsnachweis aus der Wirklichkeit ver-
schwinden. Nunmehr gab Redner eine Klarstellung über
die Machinationen seitens des liebedienlichen Gesellen-
ausschusses. Dieser habe eine Versammlung einberu-
fen. Auf der Tagesordnung habe alles andere gestanden,
nur nicht die Beschlußfassung über die Forderungen der
Bäckergehilfen. Es sei auf eine Ueberrumpelung
abgesehen gewesen. Die namentliche Abstimmung sei
dort nur deshalb entriert worden, um nachher der
Denunziationsucht die Zügel schießen lassen zu können.
In seinen weiteren Ausführungen behandelte Redner die
von uns bereits mitgeteilten Ursachen der Arbeitsnieder-
legung bei Junge und Weibern. Bei letzteren habe sich
ein Kollege, der bereits 23 Jahre dort beschäftigt ge-
wesen sei, mit den Streikenden solidarisch erklärt und die
Arbeit niedergelegt. Man habe die Streikenden und die
Lohnkommission in der niedrigsten Weise seitens der
Innung und der bürgerlichen Presse mit Schmutz be-
worfen; das werde auch in der Folgezeit in derselben
Weise geschehen. Er (Redner) wisse aber, daß die Lübecker
Arbeiterschaft sich dadurch nicht beeinflussen lasse, sondern
die Bäckereiarbeiter in ihren gerechten Bestrebungen unter-
stützen werde. Der Gipfelpunkt der Verleumdungen aber
sei erreicht worden durch die Behauptung, die Lübecker
Genossenschaftsbäckerei sei aus geschäftlichen
Gründen der treibende Keil der ganzen Lohnbewegung.
Dabei stehe diese letztere so fern wie nur irgend möglich.
Nunmehr sei seitens der Bäckerei-Innung und der Brot-
fabriken auch die Hilfe des Gerichts angerufen worden.
Durch eine einseitige Verfügung sei es unmöglich ge-
macht worden, das Flugblatt, in welchem in objektiver
Weise die Ursachen des Streites dargelegt seien, zu ver-
breiten. Es sei verboten worden, das Publikum aufzu-
fordern, ihr Brot nur aus denjenigen Bäckereien zu be-
ziehen, welche als geregelt zu betrachten sind. Der außer-
ordentlich zahlreiche Besuch dieser Versammlung sei die beste
Antwort auf diese einseitige Verfügung. Die Bevölke-
rung Lübecks werde auch trotzdem wissen, was sie zu tun
und zu lassen habe. Redner richtete sodann an die Ge-
schiedenen die Bitte, sich nicht von den Bäckermeistern
täuschen zu lassen und nur diejenigen Bäckereien zu berück-
sichtigen, welche öffentlich als geregelt bezeichnet würden.
Die Streikenden hätten das Vertrauen in die Arbeiter-
schaft gesetzt, daß sie einer entrechteten, geknechteten Klasse
ihre Unterstützung in diesem Kampfe leihen würden, nicht
materiell, sondern moralisch, selbst wenn manchmal etwas
Nähe und Unannehmlichkeit damit verknüpft sei. Redner
schloß mit der festen Ueberzeugung, daß auch die Lübecker

Frauen getreulich mitwirken in diesem Kampfe.
Während man ihnen das Wahlrecht zu den kommunalen
Körperschaften und zum Reichstag vorenthalte, könnten sie
hier von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen; hier dürften
sie wählen unter den Bäckermeistern, von denen sie ihr
Brot beziehen wollten. Aufgabe der Männer sei es, ihre
Frauen aufzuklären. Redner schloß seine häufig von
stürmischem Beifall unterbrochenen Ausführungen
mit den Worten: „Wenn, wie bisher, die Unterstützung
der Lübecker Bevölkerung der Bäckergehilfen auf Seite
steht, dann wird es möglich sein, diesen gute Lohn- und
Lebensbedingungen schaffen zu können. (Stürmischer,
langanhaltender Beifall.) — In der nun anschließenden
Debatte melbete sich gegenwärtig Redner nicht zum
Wort, trotzdem eine ganze Reihe Gegner, u. a. auch Herr
Dr. Wittern, anwesend waren. Nunmehr unterzog Ge-
nosse Bartels die einseitige Verfügung einer scharfen
Kritik und sprach den weitgehenden Uebeln derselben, ins-
besondere Herrn Dr. Wittern, den Dank der Arbeiterchaft
aus. Vor einigen Jahren habe man versucht, in ähnlicher
Form gegen unser Parteiorgan anlässlich des Lübeck-
Bierbockts vorzugehen, damals aber seien die Mächte da-
mit vor Gericht herangezogen. Redner schlug den Streikenden
die Anrufung des Einigungsamtes vor und forderte die
Anwesenden unter lebhaftem Beifall zur kräftigen Unter-
stützung der Bäckergehilfen auf. — Genosse Wiffel knüpfte
an das Wort Heines an: „Adolfen, das sind Braten-
männer, die drehen und wenden die einzelnen Paragraphen
des Rechts solange, bis für sie ein Braten abfällt“, um
dann in ironischer Weise zu betonen, daß die heiligen
Adolfen keine Bratenmänner mehr seien. Heute treten
sie für das Rechte und Wahre ein. In seinen weiteren
Ausführungen beschäftigte Redner sich in treffenden Worten
mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Wittern, resp. seinen
Rechtsansichtungen und erntete hierfür gleichfalls den leb-
haftesten Beifall der Versammlung. — Da sich niemand
weiter zum Worte meldete, wurde folgende Resolution, so-
weit ersichtlich, einstimmig angenommen:
„Die heutige Volksversammlung ist nach den Aus-
führungen des Referenten und der Diskussionsredner
über die wahren Ursachen des Bäckerstreits unterrichtet
und beschließt:
In Erwägung, daß die Forderungen der Streikenden
äußerst bescheidene und vollauf berechtigte sind,
in fernerer Erwägung, daß alle seitens der Lohn-
kommission vor dem Streik unternommenen Einigungs-
versuche von den beteiligten Bäckereibesitzern in prozigster
Weise abgelehnt worden sind und somit den Bäckere-
gehilfen kein anderer Weg als der Streik blieb,
erklärt die Versammlung es für eine Ehrenpflicht der
brotkonsumierenden Bevölkerung, die Bäckerarbeiter
mit aller Kraft in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen
und nur aus solchen Bäckereien Brot und
andere Backwaren zu beziehen, welche von
der Lohnkommission als geregelt bekennt-
gegeben worden sind. — Insbesondere hält die
Versammlung die Beseitigung des Kost- und Logis-
wesens in den Bäckereien im Interesse der Allgemeinheit
für dringend notwendig, da erst mit diesem die skan-
dalösen Mißstände im Bäckergewerbe verschwinden
werden.“
Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, Genossen
Wolff, nur das Brot zu essen, das den Versammelten
schmeckt, und einem Hoch auf die internationale Arbeiter-
bewegung wurde die auch von vielen Frauen besuchte inter-
essante Versammlung geschlossen.
Die Wahrheitsliebe des Herrn Junge wird ins rechte
Licht gerückt durch folgende, von dem beteiligten Bäckere-
gehilfen eingegangene Zuschrift: „Der Inhaber der Junge-
schen Brotfabrik erklärt in der Annonce im „Volksboten“
vom 20. April der Wahrheit widersprechend: „Bei uns
wurde ein Gehilfe, welcher erst am 2. April d. J. ange-
stellt war, am 11. April d. J. weil überzählig, ent-
lassen.“ Herr Junge will also damit meine Maßregelung
als unschuldige Entlassung hinstellen. Demgegenüber muß
ich den wahren Sachverhalt kurz schildern. Am Freitag
den 8. April fragte mich Herr Junge plötzlich: „Sind sie
mit den vom Verbandsrat aufgestellten Forderungen einver-
standen?“ Antwort: „Ja.“ Herr Junge erklärte darauf:
„Ich gebe Ihnen noch drei Tage Bedenkzeit.
Bestimmen Sie sich in der Zeit.“ Am 11. April
rief mich Herr Junge ins Sekretariat und sagte dann: „Haben
Sie sich die Sache überlegt?“ Antwort: „Ja, ich nehme
mein Wort zurück.“ Herr Junge stellte darauf fol-
gende Frage: „Wollen Sie lieber auf der Land-
straße liegen oder lieber arbeiten?“ Antwort:
„Ich kann nicht anders handeln, weil ich dem Verbandsrat
angehöre und mache mit, was wir dort beschlossen haben.“
Hierauf erklärte mich Herr Junge sofort. Nach dieser
Schilderung ist wohl die Frage berechtigt: Würde Herr
Junge wohl die Äußerungen haben lassen, wenn
er mich wegen Arbeitsmangel entlassen müßte? Diese
Frage dürfte sicherlich von keiner objektiven Seite bejaht
werden. Es stellt sich somit meine Entlassung als eine
Maßregelung dar.“
Ein neuer Streich! Seitens der Bäckerei-Innung
und der Vereinigten Brotfabriken werden alle
Gebel in Bewegung gesetzt, um die ihnen so unangenehme
Veröffentlichung der geregelten Bäckereien zu hinterziehen.
Sie fanden hierbei eifrige Helfer in der hiesigen Anwalts-
firma Dr. Vermeiren, Dr. Wittern und Schorer.
Diese haben nun heute von der 1. Zivilkammer eine dahin-
gehende einstweilige Verfügung erwirkt, daß künftig
jegliche Veröffentlichung von geregelten
oder nicht geregelten Bäckereien unter Androh-
ung der bekannten Strafe verboten ist. — Die streiken-
den Bäcker werden auch diese neueste Klippe im Lohn-
kampfe erfolgreich umschiffen.
Verein für Gesundheitspflege und Naturschutz.
Herr Dr. Schimmelpfennig konnte leider von Berufswegen
der Einführungsverammlung nicht beiwohnen. Vom Vor-
stande wurde mitgeteilt, daß demnächst hier eine Nieder-
lage des Verkaufshauses Carl Braune-Berlin, eröffnet
werde. Die Baukosten in Carlshof werden in Angriff
genommen werden. Von den ausgelassenen Beiträgen wurde
eine Reihe zum Besten der Vereinskasse nicht eingelöst.
Ein treffendes Bild der gegenwärtigen Lage der Natur-
heilbewegung zeichnete der zweite Vorsitzende. Verschiedene
Anregungen wurden dem Vorstande aus der gut besuchten
Versammlung entgegengebracht.
Achtung, Hafenarbeiter! Ueber die Firma H. Lang-
hals u. Co. (Inhaber Gösch) ist seitens des Seelob-
verbandes der Hafenarbeiter Lübecks wegen Nichtanerkennung
des Lohns die Sperre verhängt worden.
Deffentlicher Schlachthof. Im März 1904 wurden
geschlachtet: Ochsen 97, Vollen 43, Kühe und Stieren 565,
fette Kälber 525, nützliche Kälber 1295, Lämmer 105,
Biegen 34, Schweine 335, Schafe 332, Pferde 65, zusam-
men also 6179 Tiere gegenüber 4512 im gleichen Monat
des Vorjahres. Beanspruchungen: Bei lebenden Tieren:

Keine. Bei geschlachteten Tieren: 1. Ungeeignet zur mensch-
lichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und ver-
nichtet: 3 Schweine wegen eiteriger Blutvergiftung. 1
Schwein wegen Lungen-, Brustfell- und Bauchfellentzün-
dung. 1 Schwein wegen Gelbfucht. 3 Schafe wegen Zell-
gewebswassersucht. 1 nicht. Kalb wegen Tuberkulose.
1 nicht. Kalb wegen Unreife. 2. Auf der Freibank wur-
den verkauft: 7 Schweine wegen Tuberkulose. 1/4 Schweine-
fleisch wegen Tuberkulose. 3/4 Schweinefleisch wegen Tuberku-
luse. 3. Im Dampf-Desinfektor wurden gefocht: 2 Kühe
wegen Tuberkulose. 11 Schweine wegen Tuberkulose.
1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose. 1/4 Schweinefleisch
wegen Tuberkulose. 8 Schweinehüften wegen Tuberkulose.
4. Dem zoologischen Garten zur Fütterung der Tiere über-
wiesen: 6 nicht. Kälber wegen Unreife. 1 nicht. Kalb
wegen Abzehrung. 1 nicht. Kalb wegen ungenügender
Ausblutung. 1 nicht. Kalb wegen Lungen- und Brustfell-
entzündung. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind
780 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschäd-
lich beseitigt worden. 194 1/2 kg. auswärts geschlachteter
Tiere wurden auf dem Schlachthof unterjocht.
Vereinsregister. Am 20. April 1904 ist der Verein
Lübeck-Travemünder Kennklub mit dem Sitze in Lübeck in
das Vereinsregister eingetragen worden.
Handelsregister. Am 20. April 1904 ist in das Han-
delsregister eingetragen die Firma Conrad Heidenreich,
Lübeck. Inhaber: C. C. Heidenreich, Architekt und
Maurermeister, Lübeck.
Personalien. Der Senat hat dem Arbeiter J. C. G.
Wehr den Familiennamen „Otte“ verliehen.
Der Küstenbezirks-Inspektor für Ost-Schleswig-
Holstein und Lübeck, Kapitän a. D. Lavand, tritt von
seinem Amte zurück und wird durch den bisherigen Küsten-
bezirksinspektor für West-Schleswig-Holstein Kapitän zur
See a. D. V. Lieke ersetzt. An dessen Stelle tritt der bis-
herige Präses der Schiffsbesichtigungskommission Kapitän
a. S. a. D. Krieg.
Für den Fuhrwerksverkehr gesperrt ist wegen vor-
zunehmender Straßenbauarbeiten die Straße „Weiter-
strambuden“.
Wer ist der Tote? Am Dienstag erschloß sich in
Blön auf einer Koppel ein unbekannter Mann. In
seinem Besitz fand man etwa 100 Mk. Bargeld, eine Be-
scheinigung der Kieler Vereinsbank über einen gemieteten
Schrank der Stahlkammer und auf den Namen Johann
Friedrich Feuer, geb. 18. 6. 1841 zu Neumühlen, lautende
Papiere. Der Meldebeamte ergab, daß S. sich am 7. April
von Kiel, Holtenauerstraße 55, nach Lübeck abgemeldet
hätte.
Kleine polizeiliche Nachrichten. Gegen eine Schneiderin
B. von hier, die sich in einer an der Bäckerstraße belegen-
en Kellerei eines Ladentassen Diebstahls schuldig machte,
wurde Anzeige erlassen. — Das vorgestern vor einem
Hause am Pferdemarkt gestohlene Fahrrad fährt nicht
die Marke „Triumph“, sondern die Bezeichnung „Schnell“.
Valente. Seitens der Zimmerer ist über das
Bargeld des Zimmermeisters Johannes Steffen
hier selbst, die Sperre verhängt worden.
Lauenburg. Auch ein Liberaler. Der Chefs-
redakteur des „Lauenburger Anzeigers“, Reichstagskandidat
bei der letzten Reichstagswahl in unserer Kreis, Dr. B.
Wagner, veröffentlicht einen Brief im „Lauenburger
Anzeiger“, den er an den Vorsitzenden des Liberalen Wahl-
vereins in Berlin geschrieben. Dieser Brief enthält die
Erklärung Wagners, daß er aus obigem Verein und somit
auch aus der freimüthigen Vereinigung austritt. Dr. Barth,
Raumann und Gerlach sind ihm zu radikal oder richtiger
gelagt, zu liberal. Sie partieren zu viel mit den Sozial-
demokraten, wie sich Herr Wagner ausdrückt. Nun will
er mildliberal werden. Am Schlusse seines Briefes heißt
es wörtlich: „Aber die beständige Verschärfung des Gegen-
satzes zwischen der national-sozialistischen Richtung,
wie sie durch die Herren Raumann, Barth, Gerlach, Wein-
hausen vertreten wird und dem Liberalismus, wie er mir
vorherrscht, zwingt mich, jetzt meinen Austritt aus dem
Wahlverein der Liberalen zu erklären.“ Herr Wagner hat
mit dieser Tat gewiß den Ansichten seiner Wähler ent-
sprochen. Der Liberalismus Dr. Wagners und seiner
Wähler im 10. Wahlkreise ist eben gleichwertig. Das
Wort „liberal“ immer im Munde führen, doch nur nicht
danach handeln, das ist die Parole dieser Liberalen.
Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Waren
wurde ein sechsjähriger Knabe beim Spielen in einer
Sandgrube verchüttet. Er konnte nur als Leiche hervor-
geholt werden. — Nach berühmten Mustern sind die
Werke der Ortskrankenkasse in Barel in eine „Lohn-
bewegung“ eingetreten. Wenn ihre Forderung nicht durch-
geht, soll am 1. Juli in den Streik getreten werden. Wenns
den Herren Ärzten nur gut geht, die Arbeiter mögen
sehen, wie sie auskommen.
Letzte Nachrichten.
Stettin. Schwere Schiffsunfall. Der nor-
wegische Dampfer „Gris“, mit einer Ladung Kohlen von
Swarke nach Stettin bestimmt, ist im Kattegat infolge
Kollision gesunken. Die 16 Mann starke Besatzung
soll ertrunken sein.
Berlin. Vatermörder. In einem Anfälle von
Geistesirrung erschlug der 17jährige Schreiber Hörling
seinen Vater, den Arbeiter Hörling, mit einem Beil.
Bodan. Die Pocken. Zwei Säuglinge wurden wegen
Pocken neuerdings gesperrt. Bis jetzt sind 45 Pockenfälle
vorgekommen.
Christiania. Große Skandale sind nach Ver-
teilung der eingelaufenen Geldsummen in Alesund
vorgefallen. Es herrscht so viel Streit, daß der Staat ge-
nötigt ist, einzuschreiten.
Paris. Sensationelle Verhaftung. Großes
Aufsehen ruf hier die Verhaftung eines Großindustriellen
aus Havre hervor, der zugunsten einer großen Bank ge-
stohlene Wertpapiere in Höhe von sieben Millionen an die
Bank verkaufte.
Turin. Durch den Bawinensura bei Bra-
lato sind 88 Arbeiter verchüttet worden. Bisher
wurden 26 als Leichen und 9 lebend geborgen. 132 Sol-
daten sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Mittwoch
abend sind vierzig Soldaten der Alpentruppen ange-
kommen.
Kartoffelland wird untenweil am
Sonntag morgen 11
Uhr auf der Hegelei in Stodelsdorf verpachtet.
Vorherige Bestellung nimmt entgegen:
Carl Helm, Rübenstraße, und
C. Michaelsen, Stodelsdorf.
Arbeit.-Radfahrer-Verein Lübeck.
Geogr. 1894.
Sonntag den 21. 4. 04. Tour nach Curan.
Abfahrt 2 Uhr nachmittags vom Vereinshaus.
Der Vorstand.

Eine neue Organisation?

Die „Breslauer Volksmacht“ stellt folgende Betrachtungen an: „Im Anschluß an Ihren Rechenschaftsbericht für 1903 hat die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften vor einigen Wochen eine vorläufige Uebersicht über den Mitgliederstand der freien Gewerkschaften im Jahre 1903 veröffentlicht, der einen äußerst erfreulichen Ausblick auf das Wachstum unserer Berufsorganisation gestattet. Zählten wir Ende 1901 im deutschen Reichsgebiet 677.510 modern organisierte Gewerkschaftler, so hatte sich diese Ziffer 1902 auf 733.206 erhöht. Der Zuwachs ist im Jahre 1903 noch erheblich schneller vor sich gegangen. Denn die 46 Gewerkschaften, die bisher ihren Jahresabschluss bekannt gegeben haben, verzeichnen bereits einen Mitgliederzuwachs von 100.000; dabei stehen noch aus die Abrechnungen von großen Verbänden, z. B. der Maurer, die ein glänzendes Wachstum hinter sich haben und der Bergarbeiter, denen das abgelaufene Jahr ebenfalls sehr günstig war. Nach alledem dürfte es nicht zu hoch gegriffen sein, wenn die Generalkommission den Mitgliederzuwachs der deutschen Gewerkschaften und zwar nur der freien, auf 140.000 Mitglieder berechnete. Diese Berechnung zeigt also folgendes Bild:

| | | |
|--|-----------|---------|
| Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften | Ende 1902 | 733 206 |
| Vorausichtlicher Zuwachs 1903 | | 140 000 |
| | Ende 1903 | 873 206 |

Hält das Wachstum in diesem Jahre gleichermäÙig vor, dann erreichen die freien Gewerkschaften Ende 1904, spätestens aber Anfang 1905 eine Million Mitglieder und wir können uns die Möglichkeit vor Augen halten, daß die deutschen Gewerkschaften in absehbarer Zeit ihre älteren Brudergewerkschaften in England, dem Mutterlande der gewerkschaftlichen Vereine, überflügeln. Die dieser Tage erfolgte Gründung eines mächtigen Arbeitgeberverbandes dürfte weiteren zahlreichen Arbeitern die Augen öffnen und einen neuen Anstoß zur Agitation geben. Wir haben außerdem in Berücksichtigung zu ziehen, daß zwar die Jahre der Krise in den meisten Gewerben vorüber sind, in den wenigsten jedoch von einem wirklich guten Geschäftsgang nichts zu spüren ist. Wir befinden uns offenbar noch im Uebergange. Setzt die bessere Geschäftszustand erst einmal kräftig ein, was zwar nicht sicher ist, aber doch auch nicht außerhalb aller Wahrscheinlichkeit liegt, dann bringt sie zweifellos ein schnelleres Anheben der Gewerkschaften mit sich. Schließlich werden sich in kürzester Zeit eine große Zahl klagender Berufsvereine die guten Erfolge der jüngsten Organisationsverbesserungen zu nütze machen wissen, die zum Beispiel dem Deutschen Metallarbeiterverbande sein kolossales Wachstum — 1903 von 128.842 auf 158.548 Mitglieder — verschafften. Die Einführung von Gaueninteilungen und besoldeten Beamten, die Gründung einer Arbeitslosenunterstützung und andere Reformen haben so überzeugend ihre guten Wirkungen offenbart, daß an baldigen Nachahmungen kaum zu zweifeln ist. Die Mitgliedervermehrung bringt weiter eine erfreuliche Besserung bei der Mitgliederstatistik. Die Zahl der an- und abgehenden Mitglieder macht einen immer geringer werdenden Prozentsatz aus. Heute haben wir bereits zwei Fachzeitschriften, deren Auflage 100.000 übersteigt. Die „Metallarbeiterzeitung“ druckt Woche um Woche 170.000 Exemplare, während der „Grundstein“ der Maurer sich in 125.000 Hände verteilt. Wahrscheinlich, ein günstigeres Bild läßt sich kaum denken: fast ein Drittel der sozialdemokratischen Wählerzahl ist in wirtschaftlichen Verbänden organisiert. Freilich haben wir die Frauen und die jungen Mitglieder von 18—25 Jahren hier in Berücksichtigung zu ziehen. Aber auch darüber hinaus ist der Fortschritt der Gewerkschaften im Vergleich zu den christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften ein geradezu glänzender. Und da tausend

fleißige Hände sich regen, um das Errungene festzuhalten und neues Land zu erobern, gehen die Gewerkschaften auf diesem Gebiete guten Zellen entgegen.

Es liegt nahe, diese überraschenden Erfolge der einen Seite deutscher Arbeiterorganisation in Vergleich zu stellen mit den Fortschritten der politischen Partei. Hat die Organisation der Sozialdemokratie Schritt gehalten mit ihrem Bruder auf wirtschaftlicher Seite? Die Frage wird kurz und sicher zu bejahen sein, wenn wir nur die Zahl der für sozialdemokratische Kandidaten abgegebenen Wählerstimmen in Betracht ziehen. Der 16. Juni 1903, mit seinen Wählerfolgen für die Arbeiterpartei, stellt, rein äußerlich betrachtet, die Errungenschaften der Gewerkschaften in Schatten. Aber nur äußerlich betrachtet, ernstlich genommen bedeutet die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels so gut wie nichts gegenüber den ständigen materiellen Opfern, die jedes Mitglied einer Gewerkschaft bringen muß. Die Stimmzahl ist also ein zur Vergleichung total ungeeigneter Faktor. Ist dazu die Mitgliederzahl aller politischen Organisationen der sozialdemokratischen Partei geeignet? Dann würde die Partei sehr leicht abschneiden. An ehesten ist der Vergleich mit den Abonnenten der sozialdemokratischen Presse erlaubt, die gleich den Mitgliedern der Gewerkschaften sich gewisse materielle Opfer dauernd auferlegen — allerdings erheblich kleinere — und außerdem in ständiger ideeller Verbindung mit dem Gedankenkreise der Sozialdemokratie bleiben. Die sozialdemokratische Presse zählt nach einer Statistik des Parteivorstandes 599.880 Abonnenten, bleibt also, die Doppelabonnenten der Witzblätter, Zeitschriften, Zentralorgane in Betracht gezogen, hinter der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter schon weit zurück, wenn sie auch gerade im letzten Jahre einen gewaltigen Aufschwung genommen hat.

Bedeutend ungünstiger für die Partei würde sich das Bild gestalten, wenn wir eine Statistik über die Anzahl der politisch organisierten Arbeiter Deutschlands aufnehmen könnten. Als anlässlich der Wahl in Bismarck-Marienfeld bekannt wurde, daß dieser Kreis nur reichlich 300 organisierte Parteigenossen zählt, ging eine große Verwunderung durch die Parteipresse außerhalb Sachsens. Diese Verwunderung war gar nicht berechtigt, wenigstens nicht außerhalb Sachsens. Für die Verhältnisse des Königreichs mögen das ausnahmsweise schlechte Zahlen sein, für Preußen, Bayern u. sind sie es nicht. Auf dem ersten sachsenweitigen Parteitag wurde dieser Tage mitgeteilt, daß von den 72.000 sozialdemokratischen Reichstagswählern leider kaum 6000 politisch organisiert sind, in Schlesien sind von 170.000 sozialdemokratischen Wählern ebenfalls nur 6000 organisiert, und in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Polen, Hannover, in großen Teilen des Rheinlandes liegen die Verhältnisse genau so schlecht. Aber auch außerhalb dieser Provinzen werden sich die besseren Zahlen fast immer nur auf einzelne besonders gut organisierte Kreise zurückführen lassen.

Die politische Organisation der deutschen Arbeiter ist weit zurückgeblieben hinter der gewerkschaftlichen Organisation. Zum Teil liegt das sicher an der Organisationsform. Wir befinden uns in einer Übergangsperiode zwischen dem losen Vertrauensmännerstern zu festeren Vereinsgebilden. Es ist dringend notwendig, daß das Tempo dieses Ueberganges etwas beschleunigt wird. Die losen Organisationen haben sich überlebt. Wir sollten von den Gewerkschaften lernen. Die ganze Partei, Organisation könnte, was in prinzipieller und taktischer Hinsicht sehr wünschenswert erscheint, auf solidere Basis gestellt werden, wenn sie nach dem Muster der Gewerkschaften und unter Berücksichtigung der natürlichen Unterschiede zentralisiert würde. Die heute noch bestehenden Hindernisse — Gesetzgebung einzelner Bundesstaaten, Frauenrechtlosigkeit, wirtschaftliche Abhängigkeit — sind nicht mehr durchschlagend genug, um eine immer notwendiger werdende Reform länger aufzuhalten. Was könnte

die Partei alles leisten, wenn ihre innere Organisation, ihre Finanzen usw. nach dem Vorbilde der Gewerkschaften oder des Bundes der Landwirte, der ja auch politische Partei ist, durchgebildet würde? Wir brauchen deshalb den dadurch entstehenden Zentral- und Zwischeninstanzen der Partei durchaus keine außerordentlichen Nachbefugnisse und Bestimmungsbefugnisse einzuräumen, sondern nur solche, die mit den weitgehenden Ansprüchen der Demokratie vereinbar sind. Wie wir hören, gedent ein älterer Parteigenosse in Breslau demnächst einen Anstoß in dieser Richtung zu geben und die wichtige Frage eventuell vor das Forum des Parteitages zu bringen. Es wird sich also demnächst Gelegenheit bieten, die Angelegenheit näher zu besprechen, unser heutiger Vergleich der politischen mit der gewerkschaftlichen Organisation soll nur eine Anregung geben. Jedenfalls ist die Frage unserer politischen Organisation eingehender Diskussion wert, das haben verschiedene Vorfälle der letzten Zeit ebenso bewiesen, wie unsere obige Gegenüberstellung.

Unser Breslauer Parteiorgan hat darin sicher recht, daß die von ihm erörterte Frage der eingehendsten Ausprägung wert ist. Aus diesem Grunde übermitteln wir unsern Lesern zunächst den Aufsatz der „Volksmacht“. Im übrigen aber dürfte es sich empfehlen, die weitere Auseinandersetzung aufzuschieben, bis die in Aussicht gestellten Vorschläge des erwähnten Genossen vorliegen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, den 21. April 1904.

72. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. C. in e. m.

Die zweite Beratung des Etats für die Expedition nach Ostasien wird fortgesetzt.

Bei dem Titel „Selbverpflegung der Truppen“ beantragen die Abg. Dr. Spahn (S.), Baasche (N.) und v. Norman (K.) gegenüber dem Kommissionsbeschlusse, welcher von 32 Oberleutnants 13 nur bis zum 30. September d. J. bewilligen will, Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Kriegsminister von C. in e. m. dankt den Antragstellern für ihren Antrag, durch welchen die Brigade in den Stand gesetzt werde, ihren Dienst so zu tun, wie es notwendig ist. Die Kommission hat weiterhin erhebliche Streichungen bei der Bauleitung vorgenommen. Aber der bisherige Leiter des dortigen Bauwesens hat eine Erklärung zu Protokoll gegeben, wonach er die Aufrechterhaltung der Regierungsvorlage für ein dringendes Bedürfnis hält. Die Stulis müssen fortwährend beaufsichtigt und jeden Tag bezahlt werden, weil sie sonst nichts zu essen haben. Das Geleistete muß daher täglich verrechnet werden. Ich bitte dringend um Bewilligung dieser Position. Herr Dr. Südekum hat es gestern für bedenklich erklärt, zu gestatten, daß die Offiziere und Beamten ihre Familien nach China mitnehmen. Demgegenüber erinnere ich daran, daß auch Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1871 den Offizieren und Unteroffizieren unserer Okkupationsarmee erlaubte, ihre Familien heranzuholen. Außerdem handelt es sich in China um Freiwillige, denen das Familienleben im fremden Lande wohl zu gönnen ist. Uebrigens haben nur 4 Offiziere und 5 Beamte von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht.

Dr. Südekum (S.): Die Ausführungen des Kriegsministers haben mich nicht von der Unrichtigkeit meiner gestrigen Darlegungen überzeugt. Wer die Trennung von seiner Familie nicht aushalten kann, soll sich eben nicht nach China melden. Gegenüber der Reminiscenz des Kriegsministers verweise ich auf Stobach, wo das französische Heer geschlagen wurde. Dort hat sich evident gezeigt, wie unvorteilhaft es für ein Heer ist, einen großen Trost mit sich zu führen. Außerdem würde durch die Uebersiedelung der Familien der Etat der Bauverwaltung in Ostasien noch mehr anschwellen als bisher, denn es

Herr rasch. „Ich gebe Dir mein Wort, mir hat es damals weh genug getan, als das Kind unser Haus verließ; aber sie wollte es selber nicht anders, und wir konnten sie doch nicht bitten, bei uns zu bleiben — das wirst Du doch wohl einsehen.“

„Dir hat es leid getan, Vater?“

„Gewiß, mein Sohn; ich war gewöhnt, das Küchlein als mein eigenes Kind zu betrachten, und habe es noch nicht vergessen; doch wer konnte ahnen, daß wir in unserem Hause einen solchen Teufel beherbergen, wie ihn die höllischen Regionen nicht schlimmer senden könnten — oh, womit habe ich das verdient, womit habe ich das verdient!“

„Vater“, sagte Hans mit leiser gedrückter Stimme, indem er dem alten Herrn aber fest ins Auge sah, „es gibt Fälle, die unser Verstand nicht ergründen kann; Du fragst, womit Du das verdient — andere Menschen können nicht in Dein Inneres sehen, das müßt Du selber tun — si best Du da nichts? Du sollst mir die Frage nicht beantworten, Vater“, sagte er rasch hinzu, als er bemerkte, daß ihn der alte Herr fast erschreckt anjah, „nur an Dich selber sollst Du sie richten — ist da gar nichts, was sie Dir vielleicht beantwortete? — Doch wir kommen da auf ein ganz anderes Kapitel“, brach er kurz ab, denn es entging ihm nicht, daß der alte Herr sich entsetzte — „aber etwas Anderes wollte ich mit Dir reden: es ist nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich, daß ich noch im Laufe dieses Jahres zurück nach Peru muß.“

„Du willst wieder fort?“ rief der Vater erschreckt.

„Ich habe Briefe bekommen, die es wenigstens in Aussicht stellen“, sagte Hans, „wenn auch jetzt noch gar nichts darüber bestimmt ist, und dann wäre es immer noch gar noch wenige Jahre, denn sterben möchte ich da drüben selber nicht. Aber vorher habe ich hier noch ein Geschäft zu ordnen, das Dich vielleicht sogar berührt. Papa, indem ich von da an kein so wildes Leben mehr führen werde.“

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

110. Fortsetzung.

„Und wer trägt die Schuld an alledem, Vater?“ fragte Hans.

„Ich weiß es nicht“, seufzte der alte Herr, „ich kann es mir nicht denken, kann es nicht begreifen; aber es ist so, denn wer nicht blind sein will, mag es mit eigenen Augen sehen. Nimm unsere alten und altadeligen Rittergutsbesitzer, die ländlichen Grafen und Barone des Landes, den eigentlichen Kern derselben. In früheren Zeiten hatten sie die ganze Macht, die Gerichtsbarkeit, die Frohnen — es waren lauter kleine Fürsten auf ihrem Eigentum, aber der neue Geist der Zeiten wirft eins nach dem andern über den Haufen. Die Frohnen wurden abgelöst, die Gerichtsbarkeit nahm der Staat, selbst die Jagd wurde auf ihren paar Aedern den Bauern zugehört, aus dem Patronatsherrn machte man mit einem Worte nichts weiter als einen großen Bauer, und da dieser seinem Stande nach nicht mit dem kleineren konkurrieren konnte — denn sein Rang verpflichtete ihn, ein großes Haus zu machen —, so geht er nach und nach selbst da zu Grunde. Nimm zum Beispiel Hoheneckhaus, das aus zwei vollkommen gleichen Rittergütern besteht, die meinem alten Freunde, dem Grafen Koffy, gehören. Vor 10 Jahren etwa, bald nachdem Du uns verließest, war er gezwungen, eins derselben zu verkaufen, weil ihn seine beiden Söhne so in Schulden gestürzt, daß er sich nur dadurch retten konnte. Oberhoheneckhaus behielt er selber und bewirtschaftete es in der alten Weise und in herrschaftlicher Art. Er mußte in seiner Stellung ein Haus machen und zeigte sich seines alten Namens würdig. Unterhoheneckhaus kaufte ein Jude, Leby Kainer, und bewirtschaftete es ebenfalls, aber in seiner Weise. Anstatt das große, prächtige, herrschaftliche Gebäude zu bewohnen, machte er eine Fabrik daraus und setzte sich selber

nebenan in die Weralterwohnung. Er gab keine Gesellschaften und wurde in keine eingeladen, aber das Gut gleich von da an keinem Ritterstamme mehr, sondern einem Vieneschwarm, und was sind die Folgen? Vor vier Wochen hat Leby Kainer auch den Kauf über Oberhoheneckhaus mit dem Grafen abgeschlossen, der sich nicht länger halten kann, während der Jude ein feinerer Mann geworden ist. Und das bleibt nur ein Beispiel aus tausenden; es geht braunter mit der Welt und langsam, aber sicher wieder dem Chaos entgegen.“

„Aber sage mir, Vater“, erwiderte Hans, sollte da nicht der Adel selber wieder Anstrengungen machen, dem zu begegnen? Er hat dieselben geistigen Kräfte wie der Bürgerstand — warum ihn da nicht auf dem gleichen Gebiete begegnen?“

Der alte Baron schüttelte mit dem Kopfe. „Das geht nicht, mein Sohn“, sagte er ernst und ruhig, „es wäre ein Unding, denn der Adel selber müßte dann vollständig aufhören.“

„Und wäre das ein Unglück?“ lächelte Hans. „Sieh Dir das mächtige Reich der nordamerikanischen Union an, dort gibt es gar keinen Adel.“

„Ja“, erwiderte der Baron, mit der Hand wehrend, „ich weiß schon, was Du sagen willst; dort ist auch eine Republik, und es ist in einer Republik leben möchte, sollte man mich zu meinen Vätern in die stille Gruft legen — Gott bewahre mich davon!“

„Und doch, was für brave und tüchtige Menschen gibt es im Bürgerstande, Vater!“ sagte Hans. „Nimm zum Beispiel einmal die Frau von Schaller oder die Frau Oberleutnant Klingensbrunn, und setze denen unser kleines Küchlein gegenüber, das zuerst diesen adeligen Herrn von Eröben, der sich Graf Kauten nannte, durchschaute — und trotzdem, ja gerade deshalb mußte sie unser Haus verlassen.“

„Das war nicht meine Schuld, Hans“, sagte der alte

muss doch auch für die Unterkunft dieser Familien gesorgt werden. Unser Protest gegen diese Ueberbelagerung ist also durchaus angebracht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. C i r e m betont, daß die verheirateten Offiziere kein Quartier auf Staatskosten für ihre Familien erhalten.

v. Kardorff (M.): Ich habe die geschichtlichen Kenntnisse des Herrn Dr. Südekum doch höher eingeschätzt. Er führte die Niederlage der Franzosen bei Hohenbach auf ihren großen Troß zurück. Nun, ein großes Damenpersonal war ja dabei, aber das gerade als Familie zu bezeichnen, das würde ich nicht tun. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion.

Die Anträge S p a h n (Z.), Baasche (M.) und v. N o r m a n n (K.) werden angenommen.

Beim Titel „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“ hat die Kommission insgesamt 180 486 Mark abgelekt.

v. N o r m a n n (K.) beantragt, 8571 Mk. weniger abzusetzen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen abgelehnt. (Bei der Abstimmung wird von der Rechten dem sitzbleibenden Zentrum zugerufen: Es ist ja ihr Antrag! Herr Dr. Spahn schüttelt den Kopf und das Zentrum bleibt sitzen. Heiterkeit links.) Die Kommissionsbeschlüsse werden angenommen.

Der Rest des Etats wird nach kurzer Debatte im Wesentlichen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt die sozialdemokratische Interpellation wegen der Stilllegung der Kohlengruben im Ruhrrevier. Der Reichskanzler wird darin unter Hinweis auf die Arbeitslosigkeit der Arbeiter und die Existenzvernichtung von Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten jener Gegend gefragt, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt.

Staatssekretär Graf P o s a d o w s k y erklärt: der Reichskanzler lehnt die Beantwortung ab, weil etwaige Maßnahmen nur auf Grund des preussischen Berggesetzes in seiner jetzigen oder zukünftigen Form ergriffen werden und Maßnahmen gegen die sozialpolitischen Folgen nur Sache der zuständigen Landesregierungen sein könnten.

Auf Antrag S i n g e r wird die Besprechung beschlossen; für die Besprechung stimmen einige Nationalliberale und Zentrumsabgeordnete. Graf P o s a d o w s k y und die andern Minister verlassen den Saal.

H u e (S.): Die Antwort des Ministers Möller im preussischen Abgeordnetenhaus hat die Erregung im Ruhrrevier eher noch gesteigert. Die heutige Antwort des Reichskanzlers wird die Sympathien für die Regierung im Ruhrrevier nicht vermehren. Wie kann er behaupten, daß hier keine Reichssache vorliegt? Die Stilllegung der Kohlengruben ist ja nichts anderes als eine Folge der modernen Syndikalpolitik und mit ihr befaßt sich der Reichstag durch die angeordnete Enquete über die Kartelle. Hat die Reichsregierung nicht mehr die Macht, dem Kohlenyndikat gegenüber die Kleinbürger, Bauern und Arbeiter zu beschützen? Es handelt sich hier nicht um einen natürlichen Vorgang. Auch in früheren Jahren sind Gruben im Ruhrrevier stillgelegt worden, weil sie keinen Ertrag mehr gaben, ohne daß eine Aufregung entstand. Hier aber haben wir es mit einem gemeinsamen Akt der Syndikalpolitik zu tun. Es sind an uns nicht in erster Linie Arbeiter herangetreten, sondern kleine Bürger, der sogenannte Mittelstand, mit Amtsbeamten und Landräten an der Spitze, die durch die Stilllegung der Gruben schwer geschädigt werden. Es ist falsch, wenn behauptet wird, die Gruben werden stillgelegt, weil der Betrieb unrentabel sei, und sie wären, wenn das Syndikat nicht bestände, noch früher außer Betrieb gesetzt worden. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Redner bezieht sich auf die Bergberichte. Die Erneuerung des Syndikatsvertrags hat die Gruben zu der Maßnahme veranlaßt. Die großen Gruben kaufen die kleinen Gruben auf und legen sie still, um ihre Verzinsungssumme zu erhöhen. Wir begrüssen gewiß jeden wirtschaftlichen Vorteil auf das Lebhafteste und wenn die Stilllegung einer Grube einen Fortschritt für die Gesamtheit bedeutet, dann würden wir die ersten sein, die mit ihr einverstanden sind. Wir sind auch durchaus keine Feinde des Syndikats, wie ich in einem Artikel in den sozialistischen „Wochenheften“ vor kurzem dargestellt habe. Freilich ist zu konstatieren, daß das Syndikat sich allmählich zu einem Lohnrückstufentheil herausgebildet hat. Wenn das Syndikat in der bisherigen Weise weiterarbeitet, so ist gar nicht abzusehen, wann es nicht alle Gruben im südlichen Ruhrrevier stilllegt, da es ja den ganzen Bedarf aus den nördlichen Gruben allein liefern kann. All die kleinen Gruben im südlichen Gebiet wären schon längst still gelegt, wenn den Herren nicht aus Angst vor den bestehenden Parallelschließungen das Herz gebreht hätte. Nach der Aufhebung des Berggesetzes Engel, des Geschäftsinhabers des Bergbauvereins, darf der Staat selbst dann nicht auf Grund des § 65 des Berggesetzes einschreiten, wenn alle südlichen Gruben still-

gelegt wären, denn ein Kohlenmangel tritt dadurch nicht ein. Herr Möller teilt freilich diese enge Auffassung des § 65 nicht. Im Syndikat haben die 16 großen nördlichen Gruben allein die Majorität. (Hört! hört! bei den Soz.) Die kleinen Kapitalisten im Ruhrbergbau haben nichts zu sagen. Die kleinen Besitzer werden unter Anwendung von allerhand Machinationen durch große allmählich ausgekauft. Ein Flugblatt wirft den großen Besitzern geradezu Betrug vor, ohne daß Anklage erfolgt wäre. (Hört! hört! bei den Soz.) Durch allerhand Kunstgriffe wird den kleinen Besitzern der Aktienbesitz vererbt. Herr Hilbert hat im Abgeordnetenhaus behauptet, die tausenden Bechen hätten gar keinen Nutzen davon gehabt. Ein merkwürdiger Geschäftsleut, der Geschäfte macht, von denen er von vornherein weiß, daß dabei nichts zu verdienen ist! (Sehr richtig! b. d. Soz.) So dumm sind unsere Grubenbesitzer nicht. In einem Bericht der Zeche Concordia, die 1902 Bechen kaufte und sofort stilllegte, wird übrigens der Verkauf als durchaus vorteilhaft bezeichnet. Eine andere Zeche rechnete sich einen um 800 000 Mk. erhöhten Verdienst jährlich aus diesen Verkäufen heraus. (Hört! hört! bei den Soz.) Herr Hilbert hat im Landtag von Herrn Stöckel verlangt, er solle doch einen einzigen Arbeiter, der durch Stilllegung der Gruben arbeitslos geworden wäre, auf den Tisch des Hauses niederlegen. Dabei hat der allgemeine Knappheitsverband einen vertraulichen Erlaß an die Zeche gerichtet, worin sie zur strengen Kontrolle der Kranken aufgefordert werden, weil von den Leuten, die infolge der Stilllegung der Gruben erwerbslos geworden wären, Simulation zu befürchten sei. (Hört! hört! b. d. Soz.) Herr Hilbert ist so wenig orientiert, daß er im Reichstag seiner Zeit erklären konnte, der erkrankte Bergmann bestimme dreiviertel seines Lohnes als Krankengeld. Dabei sind es nur 50 Proz. (Hört, hört!) Selbst über die geographische Lage der stillgelegten Zeche befindet sich Herr Hilbert im Unklaren. Er darf nicht verlangen, noch ernst genommen zu werden. Herr Möller sprach von einer Theaterpartie im Ruhrrevier. Es sind ja bloß 32 Bechen mit nur 20 000 Arbeitern bis jetzt still gelegt! Nur 20 000 Arbeiter verlieren ihre Arbeitsstätte. (Hört, hört! bei den Soz.) Ohne diese Theaterpartie, d. h. den Enqueteverfahren im Ruhrrevier wären jetzt noch weit mehr Bechen still gelegt. Hat die Aufregung sich gelegt, dann wird die Stilllegung unter der Hand weiter vor sich gehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Stilllegung wird mit der Unrentabilität verteidigt; aber die stillgelegte Zeche Eiberg gab durchschnittlich 78 Proz. Dividende. (Hört, hört! bei den Soz.) Gätte ich das nur von meinem Kapital! meinte ein Gutsbesitzer zu mir. (Hört, hört! rechts.) Für die Zeche Steingart hat die arme Gemeinde Altkendorf vor kurzem erst ihre Schulden von 2000 Mark erhöht. (Hört, hört!) Und nun wird die Zeche stillgelegt! Wo bleiben die Geschäftsleute, die Bauern, die sich auf den Anbau von Gemüse eingerichtet haben? Was ist eigentlich nach Syndikalanschauungen rentabel? Als die Zeche Ehrenberg 1900 nur 75 Proz. verteilte, klagte ein Aktionär über die hohen Arbeitslöhne. (Hört, hört! bei den Soz.) Es werden durchaus nicht etwa Gruben mit abgebauten Stößen stillgelegt. Wir haben da als Mitglieder des deutschen Volkes die Verpflichtung zu verhindern, daß durch die Syndikalpolitik nationale Schätze an Kohlen verloren oder vergeudet werden. Eine ähnliche Entwicklung haben wir beim Kalihandelsvertrag und beim Stahlwerksverband zu befürchten, der dasselbe Gesellschaftskarakter wie das Kohlenyndikat besitzt und Eigentümer von Kohlen- und Erzgruben ist. Eines guten Tages werden die Herren vom Stahlwerksverband ihre Betriebe dorthin verlegen, wo sie ergiebige Kohlen- und Erzgruben finden, und ganze Landstriche veröden lassen. Die Empörung über das Kohlenyndikat ist im Ruhrrevier ganz allgemein. Das spiegelt sich wieder in den Äußerungen der dortigen nationalliberalen und ultramonarchistischen Presse. Gerade die Kleinbürger und Geschäftsleute sind es, die die Arbeiter schärft machen. Vom Parteistandpunkt könnten wir damit ja sehr zufrieden sein, wir brauchen uns keine Mühe mehr zu geben, um die Leute aufzuräumen. Wir erblicken prinzipiell das Heilmittel gegenüber diesen Verhältnissen in der Verstaatlichung der Erdgrube wie aller Produktionsmittel überhaupt. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Aber darum handelt es sich hier nicht. Es handelt sich vielmehr hier um die Rettung unerlässlicher, mit dem Verderben bedrohter Naturresourcen. Wenn freilich Reich und Reichstag den kapitalistischen Großrenten gegenüber machtlos dastehen, dann wird die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Bergeseilnehmung der Produktionsmittel immer weitere Kreise ergreifen. Ich bitte alle Parteien des Hauses, für meinen Antrag einzutreten. Dann wird die Regierung schon Mittel und Wege finden, der Ausbeutungspolitik des Syndikats und der Verrentung nationaler Schätze entgegen zu wirken. (Lebh. Beif. h. d. Soz.)

Graf K a n i s (K.): Unbedingt hat hier auch das Reich ein Wort mitzusprechen. (Auf: „Selbstverständlich!“ bei den Soz.) Trotzdem haben wir im Anschluß an die Begründung des Grafen P o s a d o w s k y gegen die Besprechung

Uebertragung; aber sei versichert, daß ich eine gute Wahl getroffen habe, und nach den Erfahrungen, welche wir in der letzten Zeit gemacht, glaube ich, daß ich Dir auch ein braves Bürgermädchen als Schwiegertochter zuführen darf.“

Hans! rief der alte Baron befürgt.

„Nebsther!“ sagte Hans stolz, „möchte ich keine andere Keihen, hochadeligen Damen da hinüber in jene ferne Welt führen, denn welcher Umgang könnte ich ihr dort wohl bieten — die Rüstlingsstraße von Eholas und Krosen höchstens, und weißt du, was ich noch und ungebildetes Best. Reiz, Papst, ich glaube, ich habe mit ihr mein Glück begründet, und möglicher Weise hast Du selber Freude daran.“

Der alte Baron schaute recht aus tiefster Brust auf, aber die letzten Ereignisse hatten doch seinen alten Stolz gebrochen; er sagte keine Erwiderung, dem überhaupt vollkommen selbständigen Sohne gegenüber, und als sich Hans dann bald darauf in sein eigenes Zimmer zurückzog, sah er wohl noch eine Stunde allein am Tische und grübelte über den Verfall der alten Adelsherrschaft nach, welche jetzt ganz von den Söhnen und Töchtern selber unterwühlt werden.

Es kam der nächste Tag, und im Solberg'schen Hause wurden die Festvorbereitungen ersonnen, aber es war doch keine rechte Freude, denn selbst die Dienerschaft zeigte, es sei nur eine erzwungene, geschäftliche Festherausgabe, um das Alles zu betonen, was noch auf dem Herzen der Familie lag. Es schien unheimlich zu unheimlich, daß Franziska, das gräbliche Fräulein, sich so leicht über den Verfall eines Mannes hätte hinwegsetzen können, den sie sah doch bis dahin als den Hüter ihrer ganzen Ehre an.

Hans schloß sich der Gruppe, der dieses brüderliche und ungeschickliche Gefühl nicht hatte, dann in dem Bewußt-

gestimmt. Würde das Reich die Gruben verstaatlichen, so würden uns Preise abgefordert werden, daß den Bewertern der Verstaatlichung die Augen übergehen möchten. Der Schlüssel des ganzen Geheimnisses liegt darin, daß eine ganze Reihe von Bechen seit Jahren mit Verlust gearbeitet haben. Die Bechen suchen nach Möglichkeit die Förderung zu erhöhen, um mehr Reingewinne zu erzielen; vom Standpunkt des Spiels der freien Kräfte läßt sich nichts dagegen sagen. Andererseits müssen freilich auch die sozialen Gesichtspunkte betrachtet werden. Es wird schwer sein, die richtige Mitte zwischen den zur Abhilfe vorgeschlagenen Maßregeln zu finden. Die Uebernahme verlassener Bergwerke auf den Staat dürfte sich kaum empfehlen. Davon, daß das Reich sich Stimmen in den Syndikatsfragen sichert, verspreche ich mir bei der bisherigen willenlosen Fügsamkeit Preußens gegenüber dem Syndikat (Sehr richtig! b. d. Soz.) keinen Erfolg. Die preussische Regierung hat das Syndikat erst großgezogen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Vielleicht würde es sich empfehlen, die Eisenbahntarife einer Revision zu unterziehen. Ein besonderer Mißstand der Syndikalwirtschaft liegt in den billigen Auslandsverkäufen; die Ausführungen hierüber in der Enquete über den Kohlenbergbau sind leider nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Befürchtlich kommen die Stahlwerke, die dem Verband nicht angehören keine Exportprämie. (Zuruf h. d. Soz.: Terrorismus!) Ja, das ist das Spiel der freien Kräfte! Ich gebe zu, daß etwas geschehen muß. Wir wollen aber die Enquete abwarten, die nach den Ausführungen des Ministers Möller an Ort und Stelle vorgenommen werden soll, ehe wir weitere Vorschläge machen. (Bravo!)

Dr. B a c h e m (Z.) bezieht sich auf die Ausführungen seines Fraktionsgenossen Stöckel im Landtag. § 65 des preussischen Berggesetzes muß dahin klargestellt werden, daß der Staat eingreifen kann, wenn das Stilllegen der Gruben derartige sozialpolitische Folgen zeitigt. Ferner müssen wir auf eine Beschleunigung der Syndikalgesetzgebung hinwirken, die durch das Gebahren der Syndikats zur dringlichen Notwendigkeit geworden ist. (Sehr richtig! im Zentr.) Es muß verhindert werden, daß die Industrie des Auslands von den Syndikaten vor der einheimischen begünstigt wird. (Sehr richtig!)

Dr. S a t t l e r (M.): Mein Freund Dr. Beumer hat nicht gesagt, daß nur 18 Bechen stillgelegt werden sollen. Ich freue mich, daß Herr Hue sich im Gegensatz zur sonstigen Auffassung der Sozialdemokratie für Selbstmachung der Bevölkerung begeistert. (Lachen h. d. Soz.) Bechen, die keine Erträge liefern, müssen selbstverständlich stillgelegt werden. Es kann sich nur darum handeln, die entstehenden Schäden zu mildern. Bei den übrigen Bechen darf allerdings der Betrieb nicht vorzeitig stillgelegt werden. In der Hochkonjunktur haben die großen Bechen im Gegensatz zu den kleinen günstig gewirkt. Sie haben ein übertriebenes Hinaufgehen der Preise verhindert. Wir haben an sich die Möglichkeit, ein neues Berggesetz zu machen. Nur würde es den augenblicklichen Schaden nicht verhindern. Hoffentlich gelingt es dem Einfluß der preussischen Regierung, das Syndikat zum Einlenken zu bewegen. Der Staat, der den Eisenbahnverkehr in Kohlen in der Hand hält, hat Machtmittel genug, um dem Syndikat unbecommt werden zu können. Eine gute Rede wird auch beim Syndikat guten Boden finden. Im Syndikalwesen sind gewisse Gefahren vorhanden, vor allem kann durch Vereinigung von Kohle und Eisen eine Machtkombination entstehen, die auch das staatliche Leben ungünstig beeinflussen kann. Obwohl ich für Verstaatlichung der Eisenbahnen war, frage ich doch Bedenken, an eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues zu gehen, weil dadurch unser Volksleben immer mehr bürokratisiert würde. Die Syndikalisten dienen ihren eigenen Interessen, wenn sie ihre außerordentliche Macht nur mit Maß gebrauchen. (Bravo! h. d. Hall.)

G o t h e i n (M.): Da die Sozialdemokratie leider in Folge des Wahlgesetzes nicht im preussischen Landtage vertreten ist, ist sie gezwungen, hier zu interpellieren; ein Grund mehr für uns, das ungerechte Wahlsystem in Preußen zu ändern. Tatsächlich behandelt die Interpellation eine Landesfrage. Es steht fest, daß die Syndikalpolitik viele Gruben stilllegt, die noch eine Ausbeute ermöglichen. § 65 des Berggesetzes reicht hiergegen nicht aus. Kauft der Staat Gruben, die mit Zubuße arbeiten, so kann er sie auch nicht rentabel machen. Die allgemeine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues scheint mir wenig erwünscht. Das fiskalische Interesse würde dann ausschlaggebend sein. Die von Herrn Bachem vorgeschlagenen Mittel scheinen mir gleichfalls wenig geeignet. Was soll man von einem Staatskommissar bei den Syndikaten erwarten, wenn der Minister die Weisheiten des Kohlenyndikats so gepriesen hat? Das einzige Mittel gegen das Kohlenyndikat, das Erfolg verspricht, ist der Ankauf von Feldern im Ruhrrevier durch den Staat und eine veränderte Tarifpolitik. (Bravo! links.)

Dr. W i e m e r (M.): Der Reichstag ist für die vorliegende Frage zuständig, und die Regierung hätte sich an

„Was was ist das?“ sagte der Vater und sah erwartungsvoll zu ihm auf.

„Ja, will heiraten, Vater.“

„Dich vermahnen?“ rief der Baron erstaunt aus.

„Was Dir das besser klingt — ja.“

„Aber mit wem? Ich habe gar keine Aquarelle, welcher Familie Du Dich jagst.“

„Reiz, Papst, sagte Hans ruhig; ich heirate ein alleinstehendes, armes aber braves Mädchen.“

„Hans!“ rief der Baron erschrocken.

„Wohin Du lieber, daß ich mich um eine eheliche Dame brauchen hätte“, sagte Hans bitter — „zum Beispiel Franziska von Schaller, je besser und ehrenvoller sie ist, desto mag, aber mit ihr einen Schatz und Schatzkammer zum Schatzkammer.“

Der alte Baron schaute.

„Über die der letzten jungen Damen Klingens, die mir die Hände zu einer Hölle machen würden.“

„Aber, Hans, es gibt auch noch Aquarelle!“ rief Herr von Solberg.

„Ja, sagte Hans, „von dem „Adeligen“ habe ich mir eine gar angesehen, und ich glaube, Du wirst mit ihr zufrieden sein.“

„Aber das ist eine Aquarelle nicht wissen? Schmeiß Du Dich über.“

„Sei Gott nicht, Vater!“ rief Hans beunruhigt aus. „Aber Vater hat ihr Herz schon geplatzt, daß die Verlobung ihrer Kinder auch ein ganz eigenes Gedächtnis geworden würde, und wenn das nun auch so etwas mit meiner Trennung nicht möglich ist, so werden wir doch wenigstens morgen Abend im Familienratte meine Verlobung feiern.“

„Aber das ist nicht wissen, was Du mir als Tochter zugehen willst?“

Hans schüttelte lächelnd den Kopf. „Hörst Du nicht, Vater?“ sagte er, „es verlohnte mir ja sehr die ganze

sein, die Schwester vor einem furchtbaren Unheil bewahrt zu haben, wie in dem seines eigenen Glückes, kummerte es ihn verhältnismäßig wenig, was sich die Stadt darüber denken konnte. Er ging seinen eigenen Weg, und Rhodenburg mochte dann sehen, wie es hinterher kam.

Uebrigens durchlief schon in aller Frühe das Gerücht die Stadt, daß „Graf Kanten“, wie er noch allgemein genannt wurde, mit Tagesanbruch heute verschieden sei. Er hatte gestern Abend und die Nacht hindurch noch die furchtbaren Qualen ausgehalten, in freien Momenten aber dann so schreckliche Enttäuschungen über seine verbrecherische Laufbahn gemacht, daß selbst die Wärtner schon vor ihm zurückwichen. Es war das Ende eines Bergweifelten gewesen, der sich im Geiste fortwährend von seinen Opfern umgeben und gepainigt sah. Seine Seele war nicht geschieden, sondern wie gewaltam aus seinem Körper gerissen worden, und wenn ein Mensch schon auf Erden Höllenqualen erdulden mußte, so hätte sie Kanten, der gewissenlose Verbrecher, erdulden müssen.

Als Hans Kunde davon bekam, ging er hinaus in das Spital; aber der Todeskampf des Verbrechers war schon vorüber. Der Körper lag starr und kalt im Totensaale auf seinem Stroß, und Alles, was mit ihm noch geschehen konnte, war, ihm seine Stelle an der Kirchhofsmauer anzudeuten.

Auch die Solberg'sche Familie erhielt die Nachricht, denn wo hätte je eine Unglücksbotschaft geheim gehalten werden können! Aber auf Franziska selber übte es weit eher einen ermutigenden als niederdrückenden Eindruck aus. Sieht war sie frei — dem Verbrecher selber konnte sie keine Traue nachweisen, und mit dem Toten war die Schuld begraben.

(Fortsetzung folgt.)

„Was was ist das?“ sagte der Vater und sah erwartungsvoll zu ihm auf.

„Ja, will heiraten, Vater.“

„Dich vermahnen?“ rief der Baron erstaunt aus.

„Was Dir das besser klingt — ja.“

„Aber mit wem? Ich habe gar keine Aquarelle, welcher Familie Du Dich jagst.“

„Reiz, Papst, sagte Hans ruhig; ich heirate ein alleinstehendes, armes aber braves Mädchen.“

„Hans!“ rief der Baron erschrocken.

„Wohin Du lieber, daß ich mich um eine eheliche Dame brauchen hätte“, sagte Hans bitter — „zum Beispiel Franziska von Schaller, je besser und ehrenvoller sie ist, desto mag, aber mit ihr einen Schatz und Schatzkammer zum Schatzkammer.“

Der alte Baron schaute.

„Über die der letzten jungen Damen Klingens, die mir die Hände zu einer Hölle machen würden.“

„Aber, Hans, es gibt auch noch Aquarelle!“ rief Herr von Solberg.

„Ja, sagte Hans, „von dem „Adeligen“ habe ich mir eine gar angesehen, und ich glaube, Du wirst mit ihr zufrieden sein.“

„Aber das ist eine Aquarelle nicht wissen? Schmeiß Du Dich über.“

„Sei Gott nicht, Vater!“ rief Hans beunruhigt aus. „Aber Vater hat ihr Herz schon geplatzt, daß die Verlobung ihrer Kinder auch ein ganz eigenes Gedächtnis geworden würde, und wenn das nun auch so etwas mit meiner Trennung nicht möglich ist, so werden wir doch wenigstens morgen Abend im Familienratte meine Verlobung feiern.“

„Aber das ist nicht wissen, was Du mir als Tochter zugehen willst?“

Hans schüttelte lächelnd den Kopf. „Hörst Du nicht, Vater?“ sagte er, „es verlohnte mir ja sehr die ganze

den Debatten beteiligen müssen, schon um Aufklärung zu geben, die durchaus notwendig ist. Denn die Angaben über die Stilllegung der Zechen sind noch durchaus schwankend. Öffentlich arbeitet die Kommission des Herrn Müller gut und schnell. Die Debatte hat ergeben, daß Gruben stillgelegt worden sind, obwohl der Kohlenvorrat durchaus nicht erschöpft war. Gerade bei der Kanalvorlage ist darauf hingewiesen worden, daß der Kohlenvorrat im südlichen Ruhrrevier noch lange nicht erschöpft ist. In der Kalamität trägt das Kohlenyndikat die Hauptschuld, das von der Regierung geradezu groß gezüchtet worden ist. Öffentlich wird die Regierung in Zukunft den Syndikaten skeptischer gegenüber stehen und die Interessen, der Allgemeinheit mehr wahren. (Bravo! links.)

Hierauf verlegt das Haus die Fortsetzung der Debatte auf unbestimmte Zeit.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Kleinere Etats. Etat der Schutzgebiete.
Schluß 7 Uhr.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Neustettin sind 32 Tischler und sämtliche Maschinenarbeiter im Ausstand. — Auf's neue sind in der Fassfabrik Diener u. Roth in Cannstatt Differenzen ausgebrochen, indem entgegen den früher getroffenen Vereinbarungen am letzten Sonnabend sechs Mann gekündigt wurden, denen ebenfalls noch weitere folgen werden. Da es auf die Vernichtung der Organisation abgesehen zu sein scheint, um bei dem bevorstehenden Uebergang zum maschinellen Betrieb die Löhne nach Belieben ansetzen zu können, ist der Bezug nach diesem Betriebe streng fernzuhalten. — Die Wiener Schlossergesellen sind in den Ausstand getreten. — Der Ausstand der Siegelarbeiter am Wienerberg wird voraussichtlich beigelegt, da sich die Direktion zu Zugeständnissen bereit erklärt hat. — Der Generalkreuz in der belgischen Glasindustrie ist vermieden worden. Die Arbeiter fügten sich nach der „Frankf. Ztg.“ in die von den Arbeitgeber verhängte Lohnherabsetzung von 10 bis 30 Prozent.

Die Krimmischauer Ausgesperrten sollen weiter hungern und weiter durch ganz Deutschland gehetzt und verfolgt werden. So will es das fremde Unternehmertum der Textilindustrie des Racher Gebiets. Circa 400 Arbeiter sind noch ausgesperrt. Eine Anzahl davon hat sich vorige Woche nach dem Rheinland begeben, um dort Arbeit zu finden. Doch ihre Mühe soll vergeblich sein. Die „Leipz. Volksztg.“ ist in der Lage, das folgende vertraulich verhandelte Zirkular der Öffentlichkeit preiszugeben:

Vereinigung der Webermeister von Rachen,
Cuppen und Umgegend.

Vertraulich! Rachen, 14. April 1904.

An die Herren Mitglieder!
Wir halten es für angezeigt, Sie umgehend von einem heute eingegangenen Schreiben des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie zu Rachen in Kenntnis zu setzen, wonach laut zuverlässiger Mitteilung aus Krimmischau geftern eine Anzahl Weber, die sich während des dortigen Streiks als Agitatoren und Führer hervorgetan haben und deshalb nicht wieder eingestellt wurden, nach Rachen abgereist sind, um in hiesigen Betrieben in Stellung zu treten. Im eignen Interesse der Mitglieder dürfte es liegen, bei Annahme neuer Arbeiter möglichste Vorsicht walten zu lassen.

Vorsichtungsmaß
Vereinigung der Webermeister von Rachen,
Cuppen und Umgegend.

S. A.: Dr. Willendorff, I. B.
Die Racher Textilindustriellen sind durchweg strenge Zentrum Anhänger und echte Kaiseristen. Das hindert sie nicht, mit dem übrigen Ausbeutertum Hand in Hand die Krimmischauer Weber in den Hungertod zu hehen. Wer einmal an den Sklaventritten zu rütteln gewagt hat, der soll für sein Leben verflucht und verfolgt werden. So will es nicht nur das „liberale“, sondern auch das katholische Unternehmertum. So überseht diese Heuchlergesellschaft das oberste Gebot der christlichen Lehre, die Nächstenliebe, in die Praxis.

Das Parteischiedsgericht, das in Sachen der Genossen Braun, Bernhard, Göhre und Heine entscheiden soll, ist, wie die „Bresl. Volksw.“ zu melden weiß, für den heutigen Freitag nach Berlin zusammenberufen worden.

Ein neues politisches Montagblatt beschäftigt nach der „Breslauer Volksw.“ Genosse Bernstein vom 1. Mai ab in Berlin herauszugeben.

Maifestzüge wurden verboten in Solingen, Augsburg und Halberstadt. In letzterem Ort wurde dem ablehnenden mündlichen Bescheid noch hinzugefügt: „Es wird auch so gehen!“

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Durch Abmachungen eines freiwilligen Proporztes unter den drei Parteien in Lugano (Ranton Tessin) erhielt unsere Partei 2 Vertreter im Gemeinderat neben 5 Liberalen und 2 Konservativen. Bisher war unsere Partei in dieser Behörde nicht vertreten.

Aus Reich und Fern.

Ein China-Prozess. Montag verhandelte die Strafkammer zu Essen gegen den ehemaligen Chinakrieger C. Fiedler von Magdeburg wegen Verleumdung der ehemaligen Mitglieder des Chinaexpeditionskorps, Oberleutnant Mansfeld und Leutnant v. Bönninghaus. Der Anklage lag folgendes zugrunde: In einer im Januar ds. Jz. in Essen stattgefundenen Arbeiterversammlung wurde der Angeklagte von einem nationalliberalen Redner, der die Angaben der in der sozialistischen Presse veröffentlichten Hummerbriefe als Schwindel hingestellt, aufgefordert, zu erklären, ob in China seitens deutscher Soldaten wirklich in der behaupteten Weise gehandelt worden sei. Daraufhin erklärte Fiedler, er wisse aus eigener Kenntnis, daß sich in China sowohl deutsche Soldaten als auch Offiziere an Mord und Raub beteiligt hätten. Im weiteren schilderte Redner dann unter Namensnennung, daß die genannten Offiziere Koffer, schwer besetzt mit beim Aufräumen feindlicher Positionen erbeuteter Kostbarkeiten, in die Heimat sandten und daß einer der Offiziere einen Kuli habe erschießen lassen unter Umständen, die stark an die Heldentat des Mörderprinzen Arzberg erinnern. Im Laufe der Verhandlung mußte Leutnant v. Bönninghaus zugeben, daß er einen Chinesen, der ihn mit Kartoffeln bewarft, niedergeschossen habe. Die Zeugen bestätigten auch, daß die Koffbarkeiten, Waffen, Seidenzüge,

Mandarinmäntel etc., aus dem Verlies auf Befehl der Offiziere herausgeholt wurden. Auch sei jedemann der Überzeugung gewesen, daß die Gegenstände in den erwähnten Koffern nach Deutschland geschickt worden wären. Obwohl also sämtliche Zeugen die Angaben Fiedlers im Allgemeinen bestätigten, konnten sie doch nicht genau sagen, wo die Sachen geblieben sind. Leutnant v. Bönninghaus behauptete dagegen, daß die herausgehobenen Sachen bei der Ordnung abgegeben worden seien, und daß er nur Montierungsstücke, einen Mandarinmantel und sonstige Geschenke nach Haus geschickt habe. Drei Gewehre habe er allerdings an sich genommen, aber dazu sei er auch berechtigt gewesen. Der Staatsanwalt meinte, die Offiziere wären aus der Verhandlung maßlos hervorgegangen, und beantragte gegen Fiedler 2 Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 6 Monate Gefängnis. Die Eiznabeln sind also unschuldig wie die Lämmerlein und Fiedler ist ein schwarzer Verleumder. Es muß wohl so sein, das Gericht hat's ja entschieden!

Deutsche Pressefreiheit. Ein wahrhaft „salomonisches“ Urteil hat am Dienstag ein Schöffengericht zu Berlin gefällt. Es handelt sich um eine Affäre, die zu dem großen Kapitel „Kapital und Presse“ gehört. Der Pommerbankprozeß hat dazu bekanntlich eine ganze Reihe Beiträge geliefert; die Bestkorruption, die er aufdeckte, stank zum Himmel. Unter den Beuten, die beschlagnahmt wurden, ihre Feder gegen gute Befolgung in den Dienst der Pommerbank gestellt zu haben, befand sich auch ein Herr Dr. Max Wittenberg, jetzt Chefredakteur der „Neuen Hamburgischen Börsenhalles“. Herr Dr. Wittenberg hat nun im Gefühl seiner Unschuld die Zeitungen, die ihn etwas härter angefaßt, verklagt und am Dienstag kam seine Klage gegen den Schriftsteller Georg Bernhardt, den Herausgeber der Finanz-Wochenschrift „Plutus“, zur Verhandlung. Bernhardt hatte dem Herrn vorgeworfen, daß er gegen eine Subvention von 12000 Mk. sich der Pommerbank verkauft, daß er in der Hypothekbankaffäre eine mehr als bedenkliche Rolle gespielt habe. Als Zeugen waren unter anderen die Direktoren Nowak und Schulz, Kommerzienrat Eduard Sanden und die ehemaligen Direktoren Bachmüller und Freige geladen. Der Gerichtshof hielt es für erwiesen, daß der Kläger, nachdem er vom „Tageblatt“ abgegangen und von der Pommerbank angestellt worden war, und auch noch später verschiedene Stellungsaufträge geschrieben hat, die den Interessen der Hypothekbank nützen sollten. Auch nachdem der Herr eingetreten war, habe sich der Kläger der Pommerbank warm angenommen, unter Verschweigung der Tatsache, daß er Angehöriger der Bank war. Er habe damit die Pflichten, die einem Redakteur obliegen, verletzt und der Angeklagte vor zu einer Klage berechtigt. Mit dem Vorwurfe der Bestkorruption habe er allerdings über das Ziel hinausgeschossen. Unter Zuhilfenahme des § 193 habe der Gerichtshof den Angeklagten zu 75 Mark Geldstrafe eventuell 5 Tagen Gefängnis verurteilt. — Wenn die Tatsachen, die über Herrn Dr. Max Wittenberg und sein Verfahren in diesem Prozeß festgestellt wurden, noch nicht den Vorwurf der Bestkorruption rechtfertigen, was für Ausdrücke darf dann der deutsche Redakteur überhaupt noch gebrauchen, wenn er irgend etwas aufdeckt, das nicht in der Ordnung ist? Es kommt durch unsere erleuchtete Rechtsprechung schließlich noch dahin, daß in den Zeitungen kein Ding mehr beim rechten Namen genannt werden darf. Das wäre dann der Gipfel der Kultur.

Ultramontane „Toleranz“. In letzter Zeit ging ein Brief des katholischen Pfarrers Dr. Jos. Ant. Keller zu Gottenheim in Baden vom 1. Februar d. J. durch die Zeitungen, der die katholische Braut eines protestantischen Arbeiters mit Himmel und Hölle bearbeitete, um die Lösung des Bundes mit einem „Ausschlag“ des abhässlichen Martin Luther“ zu bewerkstelligen. Der feierliche Brief an „Agathe“ schloß mit dem bezeichneten Wort: „Bekommst hier Seligensatz zum Heilwerden!“ Jetzt veröffentlicht die „Breslauer Zeitung“ von Freiberg (Nr. 82 I, S. April) ein Gegenstück zu diesem Schreiben. Hier handelt es sich um einen katholischen Mann, der ein protestantisches Mädchen heiraten will. Der Ortsgeistliche setzte dem Mann in jeder denkbaren Weise zu, um ihn von seinem Vorhaben, der Ehe mit einer „Keherin“, abzubringen. Zuletzt richtete er folgenden Brief an sein Weibkind:

Friedrichseld, den 3. Febr. 1904.
Gehörter Herr . . . !

Ich würde zu Ihrem Vorhaben — die Kirche, der Sie einst mit brennender, zum Himmel erhobener Kerze am Tage Ihrer ersten hl. Kommunion vor Ihren Eltern und der ganzen Gemeinde Töne gelobt haben, zu veraten und von ihr abzufallen — gratulieren, wenn ich nicht wüßte, daß Sie leider in Ihrem Haus eine Tür zu viel hätten, nämlich jene Tür, durch die man Sie nach einigen Jahren tot herausstragen wird! „Der Wahn ist kurz, die Reu' ist lang“, ja ewig, sagt der Dichter.

Mit freundlichem Gruß Ihr Seelherger
H. W. Weiler, Pfarrer.

Die „Breslauer Zeitung“ setzt mit Recht hinzu: „Daraus geht abermals deutlich hervor, daß man in Kleinkerkereien die gemischte Ehe als eine Todsünde, als Abfall von der Kirche ansieht. Die ultramontane Presse mag sich daher noch so sehr bemühen, — die Tatsache, daß in unserem Klerus (es ist eine katholische Zeitung, die spricht), namentlich in jüngeren, die Anschauungen der Pfarrer Keller und Weiler vorherrschen, wird sie mit Erfolg nicht bestreiten können.“ — Bischof Benzler befeigt einen kochringartigen Kirchhof mit dem Interdikt, weil ein Protestant daselbst begraben ist. Das brave deutsche Zentrum aber bringt im Reichstag Toleranzanträge ein!

Ueber das schreckliche Schicksal eines Tauchers wird aus New York gemeldet: Einer der Taucher, die das Jersey City-Kieserboie von Boonton ausbeuteten, hat höchst wahrscheinlich einen fürchterlichen Tod gefunden. Am 2 Uhr nachmittags am 11. April tauchte ein Mann im Taucherkostüm auf den Grund des Reservoirs, 70 Fuß unter dem Wasserspiegel. Kurz darauf signalisierte er, daß er in Not wäre. Zwei seiner Kameraden tauchten hinab und fanden, daß ihm ein Bein durch eine riesige Holzkegel, die mit Blei beschwert war, festgehalten wurde. Die Kugel diente dazu, den Auftrieb des Wassers vom Kanal zu regulieren und wog über zwei Tonnen. Alle Bemühungen, ihn herauszuholen oder die Kugel von der Stelle zu rücken, waren vergeblich. Zahlreiche Taucher wurden durch Spezialzüge an

die Unglücksstelle befördert, und die gesamte Mannschaft hat seit dem Unglückstage andauernd gearbeitet, um die Rettung des unglücklichen Tauchers zu versuchen. Eine Mannschaft von Brüdern versuchte auf einem eigens konstruierten Floß mit einem Aufzug das Hindernis wegzuschaffen, doch bisher ohne Erfolg. Der eingekerkerte Taucher wurde mit Luft gut versorgt und signalisierte in Zwischenräumen: „Noch am Leben.“ Das letzte Signal wurde, der Meinung zufolge, am 12. April um 1/2 1 Uhr nachmittags gegeben, es lang aber schwach und unregelmäßig, als ob der in den Tiefen der See gefangene Taucher immer schwächer würde. Einer der Taucher, der darauf hinabtauchte, erblickte den Sterbenden durch die Gläser des Taucherhelms und teilte mit, daß er noch mutig und gesammelt ersehene, aber offenbar die Hoffnungslosigkeit seiner Lage erkenne. Drei Taucher, die in der Folge heraufgebracht wurden, sanken vor Erschöpfung sofort in Dannmacht. Als sie wieder zum Bewußtsein kamen, berichteten sie, daß der ganze Körper des gesessenen Tauchers jetzt unter die Angel gezogen wäre und daß seine Beine anscheinend gebrochen wären. Allgemein glaubt man jetzt, daß er tot ist.

Chicago vor hundert Jahren. Das Jahr 1903, das für Chicago so unglücklich mit der unvergeßlichen Brandkatastrophe endete, ist für die amerikanische Großstadt eine Reihe von Festen gewesen, die zur Feier ihrer Begründung vor hundert Jahren veranstaltet wurden. Anderswo hat man sich um diese Feier wenig gekümmert, und in einer Hinsicht mit Unrecht, weil die so jugendliche Geschichte Chicagos in vieler Beziehung einzig dasteht. Es dürfte kaum eine Stadt geben, die eine mehr bewegte Entwicklung genommen hat und deren Chronik an glücklichen und furchtbaren Ereignissen reicher gewesen wäre. Noch 1871 wurde fast die ganze Stadt durch eine Feuersbrunst vernichtet, die 18 000 Häuser niederlegte. Die Vorgeschichte der Stadt beginnt im Jahr 1672, als Gabriel de la Salle den Platz eroberte, auf dem sich etwa 130 Jahre später die Begründung der Ortschaft an der Mündung des Chicagoflusses in den Michigan-See vollzog. De la Salle unternahm damals eine Fahrt auf den großen Seen, um vielleicht eine Durchfahrt zur Verbindung von Dnieb mit dem Golf von Mexiko zu finden, und überwinterte im genannten Jahr am Chicago-Fluß. Ein Jahr später machte er das ungeheure Gebiet von Louisiana zu französischem Besitz, das in diesem Jahr durch die Weltausstellung in St. Louis die Hundertjahrfeier der Ueberlieferung an die Vereinigten Staaten durch Napoleon begeht. Nach de la Salle haben im 17. Jahrhundert noch zwei Franzosen an der Stelle des heutigen Chicago gewalt. Die eigentliche Gründung vollzog sich aber erst 1803, als Leutnant Dearborn das spätere noch ihm benannte Fort gründete. Bis 1820 blieb Chicago ein einfacher Bauer elender Hütten, wo nur zwei Fischerfamilien wohnten. Erst 1837 wurde diese Niederlassung zur Stadt erhoben, nachdem ihre Bevölkerung die Zahl von 4000 erreicht hatte. Damals fällt der Major Long über den Platz folgendes Urteil, das sich heute merkwürdig anhört: „Als Handelsplatz bietet der Ort keinerlei Vorteile, auch wenn sich Chicago jemals bebölkern sollte. Ich bin der Meinung, daß der Handel dort immer innerhalb eines sehr bescheidenen Umfangs bleiben wird. Die Gefahren, die mit der Schifffahrt auf dem See verbunden sind, die beschränkte Zahl seiner Häfen werden unübersteigliche Hindernisse für die Handelsbedeutung dieser Stadt sein.“ Seiten ist wohl eine Aussage so glücklich Lügen gestraft worden wie diese. Von jener Zeit an nahm Chicago einen reizenden Aufschwung. 1850 zählte es bereits 28 269 Einwohner. 1860 schon 109 000, deren Zahl 1886 auf 200 000, 1870 auf 300 000 angewachsen war. Im Jahre 1901 wurden 1 680 000 Einwohner ermittelt. Auch die beispiellose Feuersbrunst von 1871 hat die Entwicklung nicht aufhalten können. Die bescheidene Mündung des Chicago-Flusses ist in weniger als einem Jahrhundert zu einem ungeheuren Hafen geworden, dessen Wasser durch Tausende von Dampfschiffen täglich durchfurcht werden. Auf dem ehemals wüsten Sandboden des Ufers ist eine der handelsreichsten Städte der ganzen Erde entstanden, und wo einst elende Fischerhütten lagen, ragen jetzt Häuser von 20 Stockwerken in die Luft.

Das Todesurteil Christi. In der berühmten Kapelle zu Caesarea in Italien befindet sich unter anderen Reliquien auch eine Platte aus Stein, welche in altchristlicher Schrift eingegraben den Urtext des von dem Landpfleger Pontius Pilatus über Christus gefällten Todesurteils enthält. Dieser Wahspruch lautet:

Urteil,
gesprochen von Pontius Pilatus, Landpfleger von Niedergaliläa, daß Jesus von Nazareth den Kreuzestod erleiden soll.

Im 17. Jahre der Regierung des Kaisers Tiberius und am 25. Tage des Monats März in der heiligen Stadt Jerusalem, als Ananias und Kaiphas Priester und Oberpriester Gottes waren, verurteilt Pontius Pilatus, Landpfleger von Niedergaliläa, auf dem Präsidialsaule Pädons sitzend, Jesus von Nazareth, an einem Kreuze zwischen zwei Schächern zu hängen, da große und notorische Zeugnisse des Volkes auslagen:

1. Jesus ist ein Verführer,
2. Jesus ist ein Aufwiegler,
3. Jesus ist ein Feind des Gesetzes,
4. Jesus nennt sich fälschlich Gottes Sohn,
5. Jesus nennt sich fälschlich ein König von Israel,
6. Jesus ist in den Tempel getreten, von einer Palmen in den Händen tragenden Menge gefolgt.

Pontius Pilatus, Landpfleger von Niedergaliläa, befehlte dem ersten Zenturionen Quirillus Corneius, ihn zum Richtplatz zu führen, berückte allen armen und reichen Personen, den Tod Jesu zu hindern.

Die Zeugen, welche den Urteilspruch gegen Jesu gezeichnet haben, sind folgende:

1. Daniel Kobani, Pfarrer,
2. Johannes Zarababel, Schriftgelehrter,
3. Raphael Kobani, Schriftgelehrter,
4. Caper, Schriftgelehrter.

Jesu wird aus der Stadt Jerusalem . . . Ort werden durch das Thor Särena. — Eine Anmerkung besagt, „daß eine gleiche Platte jedem Stamme übersandt worden ist.“ Es ist jedoch noch nicht gelungen, zu ermitteln, wo die Platten geblieben sind; sie sind entweder vernichtet oder hatten noch einer gelegentlichen Ausgrabung.

Allen voran

in Haltbarkeit, Preiswürdigkeit und guter Näharbeit sind
Louis Levy's

Arbeiter-Garderoben.

| | |
|-----------------------------------|-------------------------------|
| Hamburger Maaner-Schmittthosen | Mk. 2.75, 3.50, 4.50, 5, 6-7. |
| Hamburger Maaner-Blusen | Mk. 1.30, 1.60, 1.80, 2.- |
| Hamburger Zimmerer-Schmittthosen | Mk. 3.50, 4, 4.50, 5.50, 6-7. |
| Hamburger Zimmerer-Westen | Mk. 3, 3.50, 4, 4.50, 5. |
| Hamburger Schlosser-Schmittthosen | Mk. 2.75 3.50, 4-5. |

Schlachter-Jacken, -Blusen, -Kittel u. -Schürzen.
Kellner- und Handdiener-Jacken und -Hosen.
Friseur- und Konditor-Jacken.

Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Klingenberg 5, Ecke Marlesgrube 2-4.

Wo kaufen Sie am vorteilhaftesten? Im Kaufhaus „Lübecka“

Johannisstrasse 7.

| | | |
|--|---|---|
| Spezialität! Hochf. holländische Margarine Spezial-Forme | Fettwaren! Giesig. fetten u. mageren Speck Bib. 70 Pf. | Kolonialwaren! Rein Zucker Bib. 19 Pf. Zucker Bib. 22 Pf. sa. Pfeffer Bib. 18 Pf. Ringäpfel Bib. 35 Pf. Ganzes Reis Bib. 16 Pf. Reismehl Bib. 16 Pf. |
| Merfeinste Pfd. 70 Pf. Feinste Pfd. 60 Pf. Bei jedem Pfd. 1 Keller oder 5 Rabattmarken gratis. Auf Wunsch werden auf jedes Pfund sofort 5 Pfg. Rabatt vergütet. Täglich: Frische Land-Gier, 12 Stück 60 Pf. | Pa. ger. Wurst 70, 80 Pf. „ gefochte Wurst 70 Pf. „ Leberwurst 60 Pf. „ Leberwurst 50 Pf. „ Leberwurst 50 Pf. Grosze Auswahl in Tüfster u. Schweizerkäse 8 Sorten 20 Pf. | Seife! Schmier- u. harte Seife zu den billigsten Preisen. Seifenpulver Schwan 14 Pf. Weich 9, 3 Pfd Soda 10 Pf. |

Rabattmarken werden verausgabt!

Dickmilch!

Heute Sonnabend das erste mal u. bis auf weiteres an allen schönen Tagen. Ferner:
Holsteiner Käse à Pfd. 20 Pfg.
in unseren 16 Läden und allen Verkaufswagen.

Hansa-Meierei.

Brantlenten
empfehle mein großes Lager in
**Möbeln,
Spiegeln**
und
Polsterwaren
von guter dauerhafter Arbeit.
Carl Folekers
Möbelmagazin,
25 Marlesgrube 25.

Graben sich die Welt.

Hente abend: Gröffnung meiner neuen Läden.

H. Stoppelman, Schirmfabrik und Hut-Basar.

Jetzt: **Königstraße 73, Ecke und Eingang Fürstraße.**

Herm. Hartog
Abbruch-Lager
Ranastraße, unterh. der Glasengießerstr.
Verkauf von allen vorzuziehenden
Abbruch-Materialien.
Tannen und Eichen-Brennholz.
Sonntags von 8-9 und 11-12 Uhr geöffnet
Herm. 1598.

Recht hiermit meiner geehrten Kundschaft be-
kannt, daß ich jetzt
Genossenschafts-Brot
verkaufe.
W. Laudi, Eiswiegstraße 21a.

Allerfeinste Meiereibutter
Pfund 110 und 105 Pfg.
Hiesige Landeier
12 Stück 60 Pfg. — 25 Stk. 120 Pfg.
frischen holl. Landfinken im Auschnitt
Landfink, Landleberwurst,
Schwinsköpfe Pfund 35 Pfg.
Prima vollfettigen Schweizerkäse
Pfund 70 Pfg.
Ia. Tüfster Vollfettkäse Pfd. 60 u. 70 Pf.
Alten pikanten Tüfster Pfd. 40 u. 50 Pf.
Marzkäse, Bällerkäse, Limburger, Harzer,
Grosze Fachiren ger. Wurst Pfd. 60 u. 80 Pf.
Landwurst Pfd. 100, 110, 120 Pf.

Hans Wegener
Käse- und Fettwaren-Kaufhaus.
Obere Wahnstraße 10.
Herrschtr. 1630.
Keine Ausnahmetage, immer diese
billigen Preise und prima Waren.

Ger. fett. u. mageren Speck 60 Pf.
Reines weißes Schmalz pr. Pfd. 60 Pfg.
Prima dicke Fishmen " " 60 "
Schweinefleisch " " 50 "
Geräucherter Speck " " 80 "
Gefochte Speck " " 60 "
Leber u. ger. Leber " " 60 "
Reiswurst u. Braunschw. Wurst 50 "
Brot- und Grädwurst à Stk. 10 Pfg.
Herrschtr. 1291. **L. Lahrz, Böttcherstr.**

Achtung Müller!
Unsere
Mitglieder-
Versammlung
findet schon am
Sonnabend d. 23. d. Mts.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinsraum, Johannisstr. 50
statt.
Tages-Ordnung:
Berichterstattung vom Vorstand.
Auf des Vorstandes.
Der Vorstand.

An dieser Stelle sollten die ge-
regelten Bäckereien stehen, was
durch neueste Verfügung des Ge-
richts unmöglich geworden ist!
Gegen diese Verfügung sind die
nötigen Schritte eingeleitet!

Achtung, Bäckerstreik!

Um dem geehrten Publikum die
Geschäfte kenntlich zu machen, in
welchen Brot und andere Backwaren
aus geregelten Betrieben zu haben
sind, haben wir Plakate herstellen
lassen und eruchen die Inhaber der
geregelten Bäckereien und die Brot-
händler, solche im Streikbureau, Ver-
einshaus, Johannisstraße 50-52,
zu entnehmen.

Die Lohnkommission.

Ortskranken-Kasse in Lübeck.

Ordentliche General-Versammlung

der Vertreter
Sonnabend, den 30. April 1904

abends 8 1/2 Uhr
in Kempfer's Gesellschaftshaus (Bürgerverein)
Königstraße 25.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
2. Abnahme der Jahresrechnung
3. Wahlen zum Vorstande und Rechnungsprü-
fungsausschusse.
4. Bezeichnung der Beamtenstellen.
5. Berichtbezug.

Die Geschäftsmänner der Generalversam-
lungsberechtigter, sowie die freiwilligen Kranken-
kontrolloren können der Versammlung als Zu-
hörer beizuhören.
Lübeck, den 8. April 1904.

Der Vorstand.

Schönberg i. M.

Zahnenweiche

des
Verbandes deutsch. Zimmerleute
(Zahlstelle Schönberg)
am Sonntag den 24. April 1904
Abends 6 Uhr

Grosser Festball

im Lokale des Herrn Rudolf Doll.
Eintritt für Organisierte 50 Pf.
Eintritt für Unorganisierte 1.50 Pf.
Dazu ladet freundlich ein
Das Komitee.

Schuhwaren!!

enorm billig und gut.

| | |
|---------------------------------------|-------------|
| Herrn-Regeltuchschuhe | 2.50 Mk. |
| Herrn-Agraffenschuhe | 4.50 " |
| Herrn-Schnürschuhe | 3.50 " |
| Herrn-Schnürschuhe, Voggall | 7.50 " |
| Damen-Spangenschuhe, schne. rot, gelb | 2.50 " |
| Damen-Schnürschuhe | 4.00 " |
| Damen-Schnürschuhe, Voggall | 6.50 " |
| Mädchen-Spangenschuhe | 2.00 " |
| Mädchen-Knopfschuhe, 31-35 | 3.75 " |
| Knaben-Agraffenschuhe, 31-35 | 3.75 " |
| Kinder-Schnür- und Knopfschuhe | von 1.25 an |

Louis Levy, Obere Marlesgr. 2-4,
Ecke Klingenberg.

F. Meyer's Schuhwaren-Verkaufshaus, Huxstr. 118

empfehlen
starkes, genageltes Herren-, Damen- und Kinder-Fußzeug
zu bekannt billigen Preisen.
Berühmt für gute Reparatuarbeit. Auf jede Werk gebe 5 Rabattmarken od. 5% in bar.

Barbieregeschäft
Wohne vom 1. April ab
Königstraße 24, Ecke Pfaffenstraße.
W. Niemann, Friseur.